

Internationale
Zeitschrift
für
Staatliche
Finanzkontrolle

Juli 1999



Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle

Juli 1999–Jahrgang 26, Nr. 3

© 1999 International Journal of Government Auditing, Inc.

Die *Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle* wird vierteljährlich (im Januar, April, Juli und Oktober) im Auftrag der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) herausgegeben und erscheint in Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. Sie ist das offizielle Organ der INTOSAI und soll mithelfen, Verfahren und Methoden der staatlichen Finanzkontrolle zu fördern. Die in ihr enthaltenen Stellungnahmen und Meinungen entsprechen den persönlichen Ansichten der Redakteure bzw. der Verfasser der einzelnen Beiträge, müssen sich aber nicht immer mit der offiziellen Meinung der Organisation decken.

Artikel, Fachbeiträge und sonstige Mitteilungen werden an die Redaktion (editorial offices, c/o US General Accounting Office, Room 7806, 441 G Street, NW, Washington D.C. 20548 USA) erbeten (Fernsprechanschluß: 202-512-4707, Telefax: 202-512-4021, E-Mail: <75607.1051@compuserve.com>).

Da diese *Zeitschrift* vor allem in den weniger entwickelten Ländern auch als Lehrmittel dient, finden vornehmlich praxisorientierte Beiträge über die Rechnungsprüfung im öffentlichen Bereich Berücksichtigung. Dazu gehören beispielsweise Fallstudien, Vorstellungen über neue Prüfungsmethoden oder detaillierte Darlegungen über Schulungsprogramme für Rechnungsprüfer. Auf überwiegend theoretisch orientierte Beiträge wird bewußt verzichtet.

Die *Zeitschrift* wird weltweit an die Leiter derjenigen Obersten Rechnungskontrollbehörden verteilt, die in der INTOSAI mitarbeiten. Sonstige Interessenten können sie für jährlich US\$ 5.00 abonnieren. Der Zahlungs- und Schriftverkehr für alle Ausgaben ist an die Geschäftsleitung (Administration Office) der Zeitschrift zu richten — P.O.Box 50009, Washington, D.C. 20004, USA.

Alle in dieser *Zeitschrift* erscheinenden Beiträge werden im Sachregister des vom American Institute of Certified Public Accountants herausgegebenen **Accountants' Index** und in den **Management Contents** bibliographisch erfaßt. Bestimmte Beiträge werden auszugsweise auch durch die Anbar Management Services in Wembley, England, sowie von der University Microfilms International, Ann Arbor, Michigan, USA, veröffentlicht.

Inhalt

1	Leitartikel
3	Kurzmitteilungen
7	Der IV. Kongreß der EUROSAT widmet sich dem Thema Unabhängigkeit
13	Die Niederlande: Auf der Suche nach einer neuen Form der Rechenschaftspflicht
16	Simbabwe und das Jahr-2000-Problem
18	Länderprofil: St. Kitts und Nevis
20	Neuerscheinungen
22	INTOSAI Intern

Redaktionsbeirat

Franz Fiedler, Präsident, Rechnungshof, Österreich
L. Denis Desautels, Auditor General, Kanada
Emna Aouij, Erster Präsident, Rechnungshof, Tunesien
David M. Walker, Comptroller General, Vereinigte Staaten
Eduardo Roche Lander, Contralor General, Venezuela

Präsident der IZSF

Linda L. Weeks (USA)

Chefredakteur

Donald R. Drach (USA)

Redakteurin

Linda J. Sellavaag (USA)

Redaktionelle Mitarbeiter / Außenredakteure

William Woodley (Kanada)
Kiyoshi Okamoto (ASOSAI-Japan)
Luseane Sikalu (SPASAI-Tonga)
Michael C.G. Paynter (CAROSAI-Trinidad und Tobago)
EUROSAT Generalsekretariat (Spanien)
Khemais Hosni (Tunesien)
Cristina Rojas Valery (Venezuela)
INTOSAI Generalsekretariat (Österreich)
U.S. General Accounting Office (USA)

Verwaltung

Sebrina Chase (USA)

Finanzen

U.S. General Accounting Office (USA)

Mitglieder des Präsidiums der INTOSAI

Guillermo Ramírez, Tribunal de Cuentas, Uruguay, Vorsitzender
Jong-Nam Lee, Chairman, Board of Audit and Inspection, Korea,
Erster stellvertretender Vorsitzender
Tawfik I. Tawfik, State Minister and President, General Audit
Bureau, Saudi-Arabien, Zweiter stellvertretender Vorsitzender
Franz Fiedler, Präsident des Rechnungshofes, Republik Österreich,
Generalsekretär
Arah Armstrong, Director of Audit, Antigua und Barbuda
Iram de Almeida Saraiva, Ministro-Presidente do Tribunal de
Contas da União, Brasilien
Lucy Gwanmesia, Minister Delegate, Kamerun
L. Denis Desautels, Auditor General, Kanada
Mohamed Gawdat Ahmed El-Malt, President, Central Auditing
Organization, Ägypten
Hedda Von Wedel, Präsidentin des Bundesrechnungshofes,
Deutschland
V. K. Shunglu, Comptroller and Auditor General, Indien
Abdessadeq El Glaoui, Président de la Cour des Comptes, Marokko
Bjarne Mork Eidem, Auditor General, Norwegen
Victor Enrique Caso Lay, Contralor General, Peru
Alfredo José de Sousa, Presidente de Tribunal de Contas, Portugal
Pohiva Tu'ionetoa, Auditor General, Tonga
David M. Walker, Comptroller General, Vereinigte Staaten

Modelle für das nächste Jahrhundert

Im April 1993 verfaßte Charles A. Bowsher, der damalige Leiter der Obersten Rechnungskontrollbehörde der Vereinigten Staaten von Amerika und zugleich Vorsitzender des Präsidiums der INTOSAI einen Leitartikel über die Bedeutung der Zusammenarbeit, der Kommunikation und der Wahrung der Kontinuität innerhalb der INTOSAI. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Anzahl der Komitees und Arbeitsgruppen erweitert. Seit damals sind diese drei Schlüsselfaktoren – Zusammenarbeit, Kommunikation und Kontinuität – von den die Arbeit der INTOSAI zwischen den Kongressen fortführenden Komitees und Arbeitsgruppen übernommen und ständig erweitert worden.

Erweiterung der Zusammenarbeit: Die Komitees und Arbeitsgruppen der INTOSAI gründen Partnerschaften mit Organisationen, Institutionen und Gruppen – wir haben es heute nicht länger nur mit Zusammenarbeit innerhalb der INTOSAI zu tun, wir bauen eine viel umfassendere Plattform der Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft derer auf, die sich auf internationaler Ebene mit Haushalts- und Wirtschaftsführung befassen. 1997 kam es zu einer erfolgreichen Partnerschaft des Komitees für die Interne Kontrolle mit dem Institut für Innenrevision, dem Internationales Konsortium für Staatliche Haushaltsführung sowie der U.S. Agency for International Development, welche in der in Budapest (Ungarn) abgehaltenen Konferenz über interne Kontrolle gipfelte, an der Vertreter aus 39 Ländern teilnahmen. Eine weitere gemeinsam organisierte Konferenz ist bereits für Mai 2000 geplant.

In ähnlicher Weise begründete das Richtlinienkomitee für das Rechnungswesen eine Zusammenarbeit mit der International Federation of Accountants (IFAC), mit dem Ziel sicherzustellen, daß ihre Bemühungen und Vorhaben sich ergänzen und aufeinander abgestimmt sind. Mittlerweile tauschen die IFAC und das Richtlinienkomitee für das Rechnungswesen Stellungnahmen zu ihren jeweiligen Entwurfspapieren aus.

Ein weiteres Vorhaben zur Zusammenarbeit wird vom Komitee für die EDV-Prüfung und dem UNDP Program for Accountability and Transparency (PACT) gemeinsam in Angriff genommen. In Anerkennung der vom Komitee für die EDV-Prüfung zum Thema Prüfungsauftrag und rechtliche Grundlagen der ORKBn anlässlich des XVI. INCOSAI erstellten und zur Verteilung gebrachten wertvollen Informationen unterbreitete das PACT dem Vorsitzenden des Komitees für die EDV-Prüfung den Vorschlag, ein gemeinsames Vorhaben zur Veröffentlichung dieser Informationen, ergänzt um eine Analyse und Bewertung, in Angriff zu nehmen.

Es zeigt sich hiermit deutlich, daß die größere Gemeinschaft der auf unserem und verwandten Gebieten tätigen

Organisationen die laufende Arbeit der INTOSAI zur Kenntnis nimmt und die Zusammenarbeit mit den Komitees und Arbeitsgruppen der INTOSAI sucht.

Zunehmende allgemeine Akzeptanz: Gleichzeitig wird sich die internationale Gemeinschaft auch immer stärker des Wertes der bereits vorliegenden Erzeugnisse der INTOSAI bewußt. Die NATO, die Europäische Union und die Vereinten Nationen, um nur einige zu nennen, haben die INTOSAI Richtlinien für die Finanzkontrolle ihren Zwecken angepaßt und/oder angenommen und zur Anwendung gebracht. Der Ehrenkodex der INTOSAI wurde in einem Artikel der Winterausgabe des Government Accountants' Journal, der Zeitschrift der Association of Government Accountants, vorgestellt die von 18.000 Mitgliedern auf Bundes-, Bundesstaats- und Lokalebene gelesen wird. Vor kurzem gab der Generalsekretär der Vereinten Nationen die Empfehlung ab, die Vereinten Nationen mögen die Richtlinien für die Interne Kontrolle der INTOSAI annehmen und in ihre Finanzordnung aufnehmen.

Schaffung neuer Arbeitsmodelle: Mit dem Aufbau neuer externer Arbeitsbeziehungen beschreiben die Komitees und Arbeitsgruppen auch neue kreative Wege zur Arbeit innerhalb der INTOSAI selbst. In einem mutigen Vorstoß in eine neue Richtung erarbeiten die Arbeitsgruppe Umweltprüfung und die regionalen Arbeitsgruppen der INTOSAI innovative Vorgehensweisen zu Anwendung der Erzeugnisse und Methoden der Arbeitsgruppe auf der Ebene der INTOSAI-Regionen. Beim kürzlich abgehaltenen Kongreß der EUROSAI wurde eine regionale Umweltarbeitsgruppe geschaffen, um dieses Konzept weiterzutragen, und im Juni kam es zu einem Treffen einer Spezialgruppe regionaler Vertreter in den Niederlanden zum Zwecke der weiteren Erörterung dieses Themas.

Während die IDI mit der Umsetzung des langfristigen regionalen Ausbildungsprogramms voranschreitet, suchen die für Schulungsmaßnahmen zuständigen Gremien auf regionaler Ebene nach Wegen, die Arbeit der Komitees und Arbeitsgruppen der INTOSAI in die gerade von den neuen Schulungsfachleuten entworfenen, entwickelten und gehaltenen Kurse einzubringen. Andere kreative Ansätze verfolgen wiederum die Arbeitsgruppen Privatisierung und Programmevaluierung mit dem Verfassen von Leitfäden für nachahmenswerte Praxis und die Veröffentlichung von Fallstudien, um den ORKBn den Einsatz der Erzeugnisse der Komitees und Arbeitsgruppen in ihren jeweiligen staatlichen Verwaltungen zu erleichtern.

Befassung mit Querschnittsthemen: Im Zuge der Weiterentwicklung der Arbeit der Komitees und Arbeitsgruppen bieten Querschnittsthemen zusätzliche Anlässe zur Verbindung ihrer Arbeit und Koordination ihrer Erzeugnisse. Die Komitees und Arbeitsgruppen tauschen Umlaufentwürfe aus,

in manchen Fällen nehmen Vertreter einer Gruppe an den Treffen der anderen Gruppe teil. Die Arbeitsgruppe Staatsschulden möge als hervorragendes Beispiel dieses Prinzips dienen: die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe befinden sich bereits im Stadium der Erörterung mit den Richtlinienkomitees für das Rechnungswesen, die Interne Kontrolle und die Richtlinien für die Finanzkontrolle mit dem Ziel sicherzustellen, daß die Erzeugnisse dieser 4 Gremien in koordinierter und sich ergänzender Art und Weise Terminologie verwenden und Leitfäden anbieten.

Zur Stärkung dieser Zusammenarbeit über die Grenzen von Komitees und Arbeitsgruppen hinweg untersucht eine spezielle Studiengruppe unter dem Vorsitz Indiens und unter Teilnahme der Vorsitzenden aller Komitees und Arbeits-

gruppen, wie neue Technologien für dieses Ziel herangezogen werden können. Die Arbeit dieser Studiengruppe wird zur Überarbeitung des Handbuchs für Komitees und Arbeitsgruppen der INTOSAI führen.

Auf dem Weg ins nächste Jahrhundert können die Komitees und Arbeitsgruppen der INTOSAI mit Stolz auf ihre Leistungen verweisen. Sie können auch als Vorbilder dafür dienen, wie Zusammenarbeit, Kommunikation und Kreativität dafür sorgen, daß eine sehr facettenreiche und komplexe internationale Organisation kontinuierlich wirkungsvolle Arbeit zur Erstellung wichtiger Richtlinien für die Berufsausübung und von Erzeugnissen für die globale Gemeinschaft leisten kann. ■

Kurzmitteilungen

Barbados

Jahresbericht 1998

Die ORKB von Barbados legte dem Parlament am 9. Dezember 1998 den Jahresbericht 1998 vor. Der Bericht umfaßt in erster Linie die Prüfungsfeststellungen über die Prüfung von staatlichen Ministerien und Dienststellen. Darüber hinaus enthält er auch eine Beschreibung der Umsetzung und der Ergebnisse von zwei als Pilotprojekten von der ORKB durchgeführten Wirtschaftlichkeitsprüfungen.

Zusätzlich dazu führt der Bericht an, daß manche mit der Rechnungsführung betraute Beamte Unterlagen zur Ausgabenbewilligung nicht zeitgerecht und nicht in Übereinstimmung mit den geltenden gesetzlichen Bestimmungen vorgelegt hätten, und listet auch Mängel bei der Erstellung mancher dieser Rechnungsunterlagen auf. Ebenso wird Besorgnis geäußert über Mängel in den zur Einnahmenrechnung benutzten Systemen; in einigen Fällen entsprachen die vorgelegten Salden nicht den für das Jahr eingenommenen Beträgen. Es wird jedoch festgehalten, daß es im Vergleich zu den Vorjahren erheblich weniger Verletzungen der Finanzordnung gegeben habe, und daß es zu einer beträchtlichen Verbesserung betreffend die Reaktionen der Ministerien und Dienststellenauf Prüfungsanfragen und -mitteilungen gekommen sei. Für die Mehrzahl der Rechnungsabschlüsse, die im allgemeinen die finanzielle Lage für das zu überprüfende Jahr ordnungsgemäß wiedergaben, wurden uneingeschränkte Bestätigungsvermerke erteilt.

Nähere Auskünfte erhältlich bei: Auditor General's Office, Nicholas House, Broad Street, Bridgetown, Barbados (Tel: 246-426-2537; Fax: 246-228-2731).

Deutschland

Jahresbericht 1998

Der Bundesrechnungshof (BRH) hat die Bemerkungen 1998 dem Bundestag, Bundesrat und der Bundesregierung vorgelegt. Der Jahresbericht spiegelt einen Ausschnitt der Prüfungs- und Beratungstätigkeit des BRH wider, der jährlich ca. 600 Prüfungsmitteilungen erstellt. Die Bemerkungen enthalten eine Beurteilung der Haushalts- und Vermögensrechnung des Bundes für das Haushaltsjahr 1996 und 84 Beiträge über besondere Prüfungsergebnisse, von denen sich die meisten auf ganz aktuelle Themenbereiche beziehen. Schwerpunkte des Jahresberichtes sind die Verwaltung und Nutzung von Liegenschaften sowie öffentliche Beschaffungsvorhaben als Querschnittsthemen. Die Bemerkungen behandeln darüber hinaus die überhöhte Personalausstattung in einzelnen Behörden infolge von Mängeln bei Personalbedarfsberechnungen.

Daneben befaßt sich der Jahresbericht auch mit Schwachstellen bei den Steuerfahndungsstellen in den neuen Bundesländern sowie ungerechtfertigten Steuerbefreiungen für reprivatisierte Unternehmen. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die erheblichen Umsatzsteuerausfälle, die im Rahmen des Umsatzsteuerinnenmarktes auf nationaler Ebene infolge von unzutreffenden oder manipulierten Steuererklärungen entstanden sind. Die Bemerkungen behandeln auch neue Gesetzesvorhaben. Erklärtes Ziel von Bund und Ländern ist der "schlanke Staat". In diesem Rahmen soll die Abschätzungen von Gesetzesfolgen bereits vor der Verabschiedung von Gesetzen den Gesetzgeber über Kosten und Auswirkungen informieren. Aber dies gestaltet sich zum Teil sehr schwierig aufgrund häufig fehlender Angaben in den Gesetzesbegründungen.

Der vollständige Bericht (in deutsch) sowie Kurzfassungen (in deutsch und

englisch) sind kostenlos erhältlich beim Bundesrechnungshof, Referat Pr/Int, Berliner Str. 51, D-60311 Frankfurt.

Kanada

Bundesaktionsplan für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung

Laut Brian Emmet, dem Beauftragten für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung besteht weiterhin ein beträchtliches Gefälle zwischen den Aussagen und den Handlungen in Bezug auf den Aktionsplan der kanadischen Bundesregierung für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung. Dies sei nach Emmets Meinung angesichts der global stetig in Anwachsen begriffenen Ursachen für Umweltprobleme – Bevölkerungswachstum, Wirtschaftswachstum und zunehmender Verbrauch von Natur-schätzen – besonders beunruhigend, denn eine nicht nachhaltige Entwicklung stelle kein weit entferntes globales Problem dar, sondern betreffe jeden Einzelnen in seinem eigenen Lebens- und Arbeitsumfeld.

In seinem dem Unterhaus des Parlamentes vorgelegten Bericht ging der Beauftragte in erster Linie auf die Herausforderungen ein, denen sich die Bundesregierung bei der Behandlung bestimmter Fragen im Zusammenhang mit Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung gegenüber sieht. Seine vorangegangenen Berichte hatten die Hauptschwachstellen im Umgang der Bundesregierung mit diesen Fragen thematisiert; sein dritter Bericht zeigt nun auf, wie tief verwurzelt diese Schwachstellen sind.

So zielt etwa das kanadische Regelwerk zum Umgang mit Giftstoffen sowohl auf den sicheren und produktiven Einsatz von chemischen Substanzen als auch auf den Schutz der kanadischen Bevölkerung und ihrer Umwelt vor unannehmbaren Risiken ab. Zwar sei die

Freisetzung von Giftstoffen in die Umwelt in einer Vielzahl von Fällen reduziert worden, doch gebe es laut dem Beauftragten noch immer Schwachstellen in der Infrastruktur auf Bundesebene, wie etwa mangelnde Koordination, unvollständige Überwachung und grundlegende Meinungsverschiedenheiten zu wichtigen Themen zwischen den einzelnen staatlichen Stellen.

Neben den Giftstoffen geht der Beauftragte in seinem Bericht auch auf die zwischen der Bundesregierung und den einzelnen Provinzen abgeschlossenen Vereinbarungen zum Schutz der Umwelt, auf Umweltschutz in der Arktis sowie auf Strategien zur nachhaltigen Entwicklung und andere Themen ein.

Emmet zufolge habe Kanada sich der internationalen Gemeinschaft mit dem Ziel und der Zusicherung angeschlossen, bis zum Jahr 2002 sichtbare Fortschritte in Richtung auf eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen, und bis zum Jahr 2002 seien es nur mehr drei Jahre. Auf der ganzen Welt haben Organisationen und Einrichtungen bewiesen, daß sich ihre Leistungen im Umweltschutzbereich durch eine Stärkung der grundlegenden Managementpraktiken verbessern lassen. Nun sei es an der kanadischen Regierung, diesem Beispiel zu folgen.

Das Kapitel "The Commissioner's Observations – 1999" (Betrachtungen des Beauftragten – 1999) ist auf der Website der kanadischen ORKB (www.oag-bvg.gc.ca) verfügbar. Es ist darüber hinaus Teil eines Videos mit dem Titel "Selected Observations", welches erhältlich ist beim Distribution Center der ORKB von Kanada unter der Telefonnummer (613) 952-0213, Durchwahl 5000 oder unter der Faxnummer (613) 952-0696.

Nähere Auskünfte erhältlich bei: Johanne McDuff, Office of the Auditor General of Canada (Tel: (613) 952-0213, Nebenstelle 6292, oder E-Mail: mcduffjo@oag-bvg.gc.ca).

Mauritius

Jahresbericht 1997-98 veröffentlicht

Der jährliche Prüfungsbericht über den Jahresabschluß der staatlichen Ver-

waltung der Republik Mauritius wurde innerhalb der gesetzlich festgelegten Frist bis 26. Februar 1999 vorgelegt und im April 1999 im Parlament von Mauritius eingebracht. Der Prüfungsbericht umfaßt zwei Bände, von denen der eine sich mit der Ordnungsmäßigkeitsprüfung, der andere mit Sonderprüfungen befaßt.

Im Bericht über die Ordnungsmäßigkeitsprüfung (Band 1) wurde einmal mehr darauf hingewiesen, daß es bei der Kontrolle der Durchführung von Verträgen Schwachstellen gebe. In einigen Fällen, bei denen Ausschreibungen erfolgten, war die Zeitspanne zur Vorlage von Angeboten zu kurz bemessen; in anderen Fällen wurden Beschaffungsaufträge dermaßen aufgeteilt, daß damit die Notwendigkeit der Durchführung einer Ausschreibung umgangen wurde.

Im Bericht wurde auch auf die durch übermäßig beladene Schwerfahrzeuge verursachten Schäden im Straßennetz hingewiesen, ein Problem, welches durch die Beistellung von Farbfotografien verdeutlicht wurde. Es wurde die Forderung erhoben, die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen rigoros durchzusetzen. Darüber hinaus erwähnte der Bericht eine Reihe von teuren Anschaffungen, deren Nutzung mehr als drei Jahre lang unterblieb.

Der Bericht über die Sonderprüfungen (Band 2) enthielt die Ergebnisse einer Prüfung des Umgangs mit der Umweltschutzproblematik, wobei vom ausführenden Ministerium zwar zahlreiche Problemfälle erkannt worden, es jedoch noch nicht zu einer diesbezüglichen Änderung und Konsolidierung der Gesetzgebung gekommen sei. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Umwelt ständiger Gefährdung ausgesetzt sei und daß zu ihrem Schutz vernünftige und durchschlagskräftige Entscheidungen erforderlich seien. Bei der Prüfung des "Albion Fisheries Research Center" wurde festgestellt, daß das Zentrum im Laufe der Jahre von seinen ursprünglichen Zielsetzungen abgewichen sei. Es befaße sich heute mehr mit Fragen des Management als mit Forschungsthemen und aus diesem Grunde seien auch die meisten der ursprünglichen Zielsetzungen nicht erreicht worden.

Bei der Prüfung der "Kapitalrentabilität von im Staatsbesitz befindlichen Vermögenswerten und Investitionsrentabilität in Bereich der Tourismus-Infrastruktur" stellte sich heraus, daß die staatliche Verwaltung große Mengen staatlicher Gelder in die Entwicklung einer Tourismus-Infrastruktur sowie in Werbemaßnahmen investiert hatte, obwohl es Raum für Abmachungen mit der Privatwirtschaft gebe, die sich für die staatliche Verwaltung als wirtschaftlicher erweisen würden.

Exemplare des Berichts sind erhältlich bei: Moussa Taujoo, Director of Audit, 14 Floor Air Mauritius Building, John Kennedy Street, Port Louis, Mauritius (E-Mail: auditdep@bow.intnet.mu).

Nepal

Verleihung einer Medaille

Seine Majestät, der König von Nepal, Birendra Bir Bikram Shah Dev, verlieh dem Leiter der ORKB von Nepal, dem Rt' Honourable Bishnu Bahadur K.C., anlässlich des 53. Geburtstags seiner Majestät des Königs am 29. Dezember 1998, als ehrenvolle Auszeichnung die Prasadha Prabal Gorakha Dakshina Bahu-Medaille.

Zum gleichen Anlaß erhielten Krishna Prasad Neupane, Assistant Auditor General, die Suprabal Gorakha Dakshina Bahu-Medaille, und Dev Bahadur Bohara, Director, die Prabal Gorakha Dakshina Bahu-Medaille. Diese Medaillen wurden ihnen in Anerkennung ihrer hervorragenden Leistungen und Beiträge in ihren jeweiligen Fachgebieten verliehen.

Nähere Auskünfte erhältlich bei: Office of the Auditor General, Babar Mahal, Kathmandu, Nepal (E-Mail: oagnp@oagnp.mos.com.np).

Rumänien

Neuer ORKB-Leiter

Dr. Ioan Condor wurde für eine Amtsperiode von sechs Jahren zum Leiter des rumänischen Rechnungshofes ernannt. Er folgt damit Dr. Ioan Bogdan nach, der im März 1999 in den Ruhestand trat. Dr. Condor ist Jurist und

Absolvent der Universität Cluj-Napoca und hat höhere Studien in Zivil- und Handelsrecht an Institutionen in Bukarest, Brüssel und Straßburg absolviert.

Dr. Condor kann vor seiner Ernennung zum Leiter des rumänischen Rechnungshofes auf eine hervorragende Laufbahn im öffentlichen Dienst zurückblicken, wo er sechzehn Jahre lang als Rechtsberater im Finanzministerium tätig war, als Richter amtierte und von 1993 bis 1999 als Prüfungsbeirat im Rechnungshof fungierte. Darüber hinaus unterrichtet Dr. Condor im Bereich Finanzrecht der Akademie für Wirtschaftswissenschaften in Bukarest.

Dr. Condor kann auf zahlreiche Veröffentlichungen verweisen: er hat 9 Bücher (von denen 3 im Ausland veröffentlicht wurden) sowie mehr als 150 in Rumänien wie auch im Ausland veröffentlichte Artikel und Papiere verfaßt oder mitverfaßt. Zudem hat er wissenschaftliche Preise und Auszeichnungen gewonnen. Dr. Condor ist ein "korrespondierendes" Mitglied des International Bureau of Fiscal Documentation in Amsterdam sowie Mitglied des Internationalen Instituts für öffentliche Finanzen in Saarbrücken.

Bei seinem Amtsantritt versicherte Dr. Condor, die Zusammenarbeit zwischen seiner Behörde und anderen ORKBn im Rahmen von INTOSAI und EUROSAI fortzusetzen. Nähere Auskünfte erhältlich bei: Curtea de Contún a Romaniéi, 22-24 rue Lev Tolstoi, Bukarest 1, Rumänien (Tel: 40-1-230-1377; Fax: 40-1-230-1364).

Vereinte Nationen

Jahrestagung der Innenrevision

Die 30. Tagung der Vertreter der Prüfungs- und Aufsichtsdienste der Organisationen der Vereinten Nationen und

der Multilateralen Finanzinstitutionen (MFI) fand kürzlich in Paris statt. Die vom 17. bis 19. Mai 1999 dauernde Veranstaltung wurde von der Abteilung für Innenrevision der Weltbank in ihren Räumlichkeiten in Paris ausgerichtet.

Die jährlich stattfindende Tagung bietet ein Forum für die Erörterung gemeinsamer organisatorischer und fachlicher Fragen unter Kollegen, welche die Bereitsteller von Prüfungs- und Aufsichtsdienstleistungen innerhalb der Vereinten Nationen und der MFIs betreffen. In diesem Jahr zählte die Veranstaltung 40 Teilnehmer, vor allem Leiter der jeweiligen Prüfungs/Aufsichtsorgane, aus 30 verschiedenen Organisationen.

Die Begrüßungsansprache hielt Katherine Sierra, Vice President for Operational Core Services der Weltbank. Sie beschrieb die von der Weltbank zur Bekämpfung von Betrug und Korruption bei deren Vorhaben eingesetzten Strategien, wozu auch eine verstärkte Einbindung ihrer Prüfungsorgane gehört.

Die 3-tägige Tagung umfaßte verschiedene Sitzungen, bei denen folgende gemeinsame organisatorische und fachliche Fragen behandelt wurden: Einsatz von Kontroll-Rahmenwerken; Selbstbewertung der Kontrolle; Prüfung des Beschaffungswesens; Rahmenvereinbarungen für Aus- und Weiterbildung und Entwicklung; Internet-Tools; Nachsorge zu Empfehlungen; Abwicklung bilateraler Prüfungen; sowie partnerschaftliche Zusammenarbeit.

Bei der Tagung konnten folgende Gastvortragende begrüßt werden:

- Robert A. Ferst, der für globale Dienste, Integrations- und Qualitätsprogramme Verantwortliche des Instituts für Innenrevision, der erläuterte, wie Prüfungs/Aufsichts-

organe kontinuierlich die Qualität ihrer Arbeit durch Methoden wie Benchmarking und periodische Qualitätssicherungsüberprüfungen sichern können;

- Andre Middelhoek, der Vorsitzende des Ausschusses Unabhängiger Sachverständiger der Europäischen Kommission, der den Hintergrund und Rahmen des kürzlich veröffentlichten ersten Berichts über Anschuldigungen betreffend Betrug, Mißmanagement und Nepotismus in der Europäischen Kommission erläuterte; sowie
- Martyn E. Jones, ein Teilhaber der Firma Deloitte & Touche aus Großbritannien, der über einige wichtige Entwicklungen in der Geschäftswelt und damit verbundene Fragen künftiger Prüfungstätigkeiten referierte.

Bei der Abschlußsitzung der Tagung ergriff Karl Paschke, der scheidende Under Secretary General for the UN Office of Internal Oversight Services, das Wort. Er sprach über die von den unabhängigen Aufsichtsorganen im Rahmen der Vereinten Nationen im Laufe der viereinhalb Jahre unter seiner Leitung erzielten Erfolge und die Herausforderungen, denen sie sich stellen mußten.

Nähere Auskünfte erhältlich bei: J. Graham Joscelyne, Auditor General, The World Bank, 1818 H Street, NW, Washington DC 20433, USA. E-Mail: gjoscelyne@worldbank.org; Tel. (202) 458-5412; Fax: (202) 522-3575. ■

Der vierte Kongreß der EUROSAT widmet sich dem Thema Unabhängigkeit

Die Unabhängigkeit, deren Bedeutung als unabdingbares Element für die Wirksamkeit einer Rechnungskontrollbehörde schon lange anerkannt ist, stellte das Hauptthema der Erörterungen dar, als die Leiter von 36 europäischen ORKBn und mehrere Beobachter aus der INTOSAI in der Zeit vom 31. Mai bis 4. Juni 1999 in Paris zum vierten Kongreß der EUROSAT zusammenkamen. Im Laufe dieser Woche befaßten sich die Delegierten mit Fragen im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit nationaler Rechnungskontrollbehörden, trafen mit Vertretern der französischen Regierung zusammen, behandelten Geschäftsordnungspunkte und genossen die Möglichkeit zu informellen Zusammenkünften und Erörterungen.

Eröffnungsansprachen geben den Ton vor

Die Ansprachen bei der Eröffnungszeremonie und der ersten Plenarsitzung gaben den Rahmen und den Ton für Veranstaltung vor.

Die Erörterungen des Kongresses fanden in der Versammlungshalle des französischen Wirtschafts- und Sozialrats statt, wo Jean Matteoli, der Ratsvorsitzende, die Kongreßteilnehmer zur Eröffnung herzlich begrüßte. Matteoli stellte fest, daß der Wirtschafts- und Sozialrat ebenso wie die ORKBn nach einer stärkeren Sensibilisierung für die Bedeutung von Kontakten und Zusammenarbeiten zwischen gleichartigen Organisationen auf europäischer Ebene strebe. Matteoli verlieh seiner Überzeugung Ausdruck, wonach der Austausch von Erfahrungen Institutionen dabei helfe, neue, andere Rollen zu übernehmen, sich neuen Herausforderungen zu stellen und in einem ständigen Wandel unterworfenen Umfeld wirksam zu arbeiten. In diesem Sinne forderte er die Delegierten auf, die Zeit, die sie anlässlich dieses Kongresses zusammen verbringen konnten, zur weiteren Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitglieds-ORKBn zu nützen.

Lubomir Volenik, der Leiter der ORKB der tschechischen Republik, Gastgeber des dritten Kongresses der EUROSAT sowie deren gegenwärtiger Vorsitzender, merkte an, daß er sich glücklich schätze, sich hier zur rechten Zeit am rechten Ort zu befinden, um mit den richtigen Gesprächspartnern ein so wichtiges Thema wie die Unabhängigkeit der ORKBn erörtern zu können. Er wies darauf hin, daß gerade hier in Paris die Grundsätze der Freiheit, Unabhängigkeit und Gewaltentrennung ihren Ursprung genommen hatten, und daß diese Grundsätze auch heute noch die Grundlage für eine wirksame externe Kontrolle darstellten. In einem Abriss der Geschichte der externen Kontrolle vom alten Ägypten über China bis hin zu Bibelzitatener unterstrich Volenik, daß eine unabhängige ORKB ein unabdingbares Instrument für eine starke demokratische Regierung darstelle. Unter Hinweis auf die in Paris herrschende Atmosphäre einer kreativen intellektuellen

Tradition verlieh er seiner Hoffnung Ausdruck, daß diese Tradition im Laufe der bevorstehenden Woche ihre Fortsetzung finden möge.

Pierre Joxe, der Präsident des französischen Rechnungshofes, Gastgeber des vierten Kongresses der EUROSAT und ihr neuer Vorsitzender, hieß alle Delegierten herzlich willkommen und bot seine Überlegungen zum Thema Unabhängigkeit dar. Er wies darauf hin, daß die Unabhängigkeit nicht automatisch vorhanden sei, daß sie des Schutzes bedürfe und manchmal auch erkämpft werden müsse, und daß sie bei den verschiedenen ORKBn in unterschiedlichem Ausmaß gegeben sei. Die lange Geschichte des französischen Rechnungshofes beleuchtend, stellte Joxe fest, daß die ORKBn heute eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung eines demokratischen Gleichgewichts in der staatlichen Verwaltung spielen. Seiner Überzeugung nach habe die Gesellschaft das Recht, von allen öffentlich Bediensteten Rechenschaftspflicht für deren Handlungen zu fordern, und die ORKBn stellten das zentrale Werkzeug der staatlichen Verwaltung dar, diesen Erwartungen zu entsprechen und die Erfüllung der Rechenschaftspflicht zu bewerten.

Unter Hinweis auf die Tatsache, daß er schon die "Geburt" der EUROSAT erlebt habe, verlieh André Chandernagor, der ehemalige Präsident des französischen Rechnungshofes, seiner Freude darüber Ausdruck, daß er um eine Ansprache anlässlich dieser zehnten Jahrestagung gebeten worden war. Er stellte fest, daß sich die Welt seit der Gründung der EUROSAT anlässlich des XIII. INCOSAT im Juni 1989 in Berlin sehr stark verändert habe, daß viele der heutigen Mitglieder der EUROSAT zum Zeitpunkt der Gründung dieser Organisation noch gar nicht als unabhängige Staaten existiert hätten. Er forderte die Delegierten auf, niemals zu vergessen, daß die Unabhängigkeit den wichtigsten Wert aller externen Prüfungsorgane darstelle und daß, wenn die ORKBn auch ausgehend von unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen mit Fragen der Personalausstattung, Haushaltsplanung und Berichtswesen unterschiedlich umgehen, es dennoch wichtig sei, hinter diese vordergründigen Details und Unterschiede zu blicken, um sicherzustellen, daß die ORKBn den Geist und die Bedeutung der Unabhängigkeit hochhalten. In Anklang an die Ausführungen von Volenik und Joxe, sprach Chandernagor über die Entwicklung der ORKBn von Einrichtungen, die ursprünglich dem Herrscher und später dem Parlament berichtspflichtig waren, zu solchen, die heute der Öffentlichkeit Bericht erstatten. In diesem Zusammenhang stellte er fest, daß die neue "Demokratie der öffentlichen Meinung" den ORKBn eine noch größere Verantwortung übertrage und neue Arten der Berichterstattung erfordere, um sicherzustellen, daß die Öffentlichkeit die Informationen erhält, die sie braucht, um die staatliche Verwaltung zur Rechenschaft zu ziehen.

Guillermo Ramirez, der Leiter der ORKB von Uruguay und Vorsitzender des Präsidiums der INTOSAI, richtete im Namen der INTOSAI das Wort an die Delegierten. Unter Hinweis auf die Tatsache, daß die INTOSAI sich schon seit der ersten Veröffentlichung der Deklaration von Lima im Jahr 1977 mit der Frage der Unabhängigkeit befasste, stellte Ramirez fest, daß die Unabhängigkeit immer noch ein wichtiges Thema für die internationale Gemeinschaft der Finanzkontrolle darstelle. In Anerkennung der Unterschiedlichkeit der 179 Mitglieder der INTOSAI wies er darauf hin, daß eine eigene, anlässlich des XVI. INCOSAI in Montevideo ins Leben gerufene und von der ORKB von Kanada geleitete Studiengruppe der INTOSAI, aufbauend auf die Erörterungen und Ergebnisse der Versammlung der EUROSAI, beim nächsten Kongreß der INTOSAI zum Thema Unabhängigkeit Bericht erstatten werde.

Erörterungen

Das Thema Unabhängigkeit wurde in vier große Unterthemen gegliedert, die im Laufe dieser Woche erörtert wurden. Die Kongreßveranstalter erprobten erstmals eine neue Art der Präsentation unter Einbeziehung von Universitätsprofessoren, die neue und herausfordernde Sichtweisen in die Erörterungen einbrachten.

Professor Robert Hertzog von der Robert-Schuman-Universität in Straßburg eröffnete die Erörterungen, indem er die ORKBn aufforderte, die Bedingungen, unter denen Unabhängigkeit erreicht wird, genauer zu erforschen, und zwar dabei über den Bereich der Finanzen hinausgehend auch monetäre und wirtschaftliche Aspekte miteinzubeziehen. Er wies auch darauf hin, daß die Begriffe Unabhängigkeit und Gewaltentrennung eigentlich in krassem Widerspruch zu den Grundsätzen des "Good Government", nämlich Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit, stünden, jedoch für die Einzelnen wie auch für die Organisationen, deren Arbeit einer Autorität außerhalb des politischen Einflusses bedürfe, von grundlegender Bedeutung seien. Darüber hinaus, fügte er hinzu, könne man die Unabhängigkeit zwar als "relativen" Faktor betrachten, der irgendwie durch die Verfassung eines Landes, durch Gesetze und Verordnungen gewährleistet ist, jedoch stelle die Einhaltung von moralischen und ethischen Grundsätzen den Grundpfeiler für Vertrauensbildung und Glaubwürdigkeit dar. Abschließend merkte Professor Hertzog an, daß wir in einer komplexen Welt lebten, daß unsere staatlichen Verwaltungen nicht von Philosophen wie Plato geleitet würden noch von "weisen Wissenschaftlern", wie sie im vorangegangenen Jahrhundert so geschätzt wurden, und daß daher den ORKBn eine kritische Rolle bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Rechenschaftspflicht zukomme.

Thema I:

Die Beziehungen zwischen den Obersten Rechnungskontrollbehörden und der gesetzgebenden, ausführenden und rechtsprechenden Gewalt

Vorsitz: Vasile Cozma, Moldawien

Berichterstatter: Alfredo José de Sousa, Portugal

Bezugnehmend auf viele der von Professor Hertzog auf Tapet gebrachten Fragen faßte der Themenberichterstatter de Sousa die Ergebnisse einer von der EUROSAI zum Thema Unabhängigkeit durchgeführten Umfrage sowie eines in der Zeit vom 24. bis 26. Juni 1998 in Lissabon abgehaltenen Seminars zum gleichen Thema zusammen.

34 Länder hatten den vor dem Seminar ausgeschickten Fragebogen beantwortet, und 33 Mitglieder der EUROSAI an dem Seminar teilgenommen. Der Fragebogen und die Erörterungen befaßten sich mit den wichtigsten Eigenschaften der Unabhängigkeit, wie etwa: gesetzlich verankertes Mandat; Ermächtigung zur Abgabe von Empfehlungen und Feststellungen; rechtliches Instrumentarium für Prüfungen; Ernennung des Leiters der Obersten Rechnungskontrollbehörde; Einstellung und Ernennung von Mitarbeitern; Erstellung und Genehmigung des jährlichen Arbeitsprogramms; Finanzierungsquelle, Genehmigung des ORKB-Haushaltsplans, Haushaltsausführung und -kontrolle; Grad der Zusammenarbeit zwischen Organen der Innenrevision und der ORKB; Grad der Zusammenarbeit zwischen der ORKB und der gesetzgebenden, der ausführenden und der rechtsprechenden Gewalt. Im Anschluß daran stellte de Sousa der Gruppe die Erklärung von Lissabon zur Befassung vor (siehe Kasten, auf dieser Seite).

In den darauffolgenden Erörterungen wurden verschiedene Feststellungen getroffen. Es wurde darauf hingewiesen, daß es nicht genüge, über eine rein rechtliche Grundlage für die Unabhängigkeit zu verfügen – echte Unabhängigkeit hänge davon ab, wie die Arbeit der ORKB von der Öffentlichkeit und den Medien angenommen werde und welche Auswirkungen oder Ergebnisse sie zeitige. In den Erörterungen ging es um die Unabhängigkeit des Einzelnen wie auch um die Unabhängigkeit von Institutionen, was zur Aussagen über Werte und Ethik führte. Es wurde festgestellt, daß die Unabhängigkeit nicht als Selbstzweck angesehen werden dürfe, sondern vielmehr ein wichtiges Element darstelle, daß es den ORKBn ermögliche, der Gesellschaft und den Entscheidungsträgern wertvolle Informationengesichert zur Verfügung zu stellen. Diese Informationendiensten häufig als ein dem Parlament und den Politikern vorgehaltener "Spiegel", der diese zwingt, sich mit den Fakten auseinanderzusetzen und keine Möglichkeit zu politischen Interpretationen oder Unausgewogenheiten gebe.

Thema II:

Verantwortung: Wer kontrolliert die Kontrollierenden?

Vorsitz: John Purcell, Irland

Berichterstatter: Janusz Wojciechowski, Polen

Präsident Wojciechowski wies darauf hin, daß die Bürger, weil sie den ORKBn umfangreiche Befugnisse erteilen und das dafür erforderliche Instrumentarium zugestehen, das Recht haben zu erfahren, wie diese Einrichtungen ihre Aufgabe erfüllen, und daß sie sich Gewißheit darüber verschaffen können müssen, ob die ORKB ihres Vertrauens würdig sei. Dem Berichterstatter zufolge werde das obengenannte Thema oft von der Presse aufgegriffen, die Fragen stelle wie "Wer prüft die Prüfer?". Anhand der zum EUROSAI-Fragebogen eingegangenen Antworten legte er der Versammlung mehrere spezifische Punkte zur Erörterung vor: Durchführung interner und externer Prüfungen der ORKB; die Beurteilung der Qualität der von den ORKBn geleisteten Arbeit; die Veröffentlichung von Berichten; und die Reaktion auf Beschwerden und Vorschläge von Seiten der Bürger.

Der Schwerpunkt einer der der lebhaften Debatten im Rahmen dieser Sitzung lag auf der Anwendung von Technologie. Es wurde festgestellt, daß mit zunehmender Nutzung des Internet und anderer elektronischer Medien durch die Öffentlichkeit und durch die ORKBn die Bürger verstärkt die Möglichkeit hätten, Stellungnahmen abzugeben und die Ergebnisse der Arbeit der ORKBn zu untersuchen. Dennoch wurde der Besorgnis darüber Ausdruck verliehen, daß die ORKBn nicht davon ausgehen könnten, daß die im Internet geführten Erörterungen eine angemessene Repräsentation der Öffentlichkeit darstelle und somit der Stärkung der Demokratie diene. Die neuen Technologien wurden eindeutig vielversprechende neue Kommunikationsmöglichkeiten betrachtet, die mit dem Übertritt der ORKBn ins nächste Jahrhundert immer stärker an Einfluß gewinnen würden.

Die Delegierten kamen überein, daß die ORKB anderen Stellen der staatlichen Verwaltung als Vorbild dienen müsse und daß eine "gesellschaftliche Kontrolle" durch die Presse allein nicht ausreichend sei. Aus diesem Grund wurde der Rechenschaftspflicht der ORKBn besonders große Aufmerksamkeit gewidmet. Überprüfungen durch andere Prüfungsorgane, Benchmarking, Finanzkontrollausschüsse, Innenrevisionsorgane, Aufsicht durch das Parlament oder Sondergremien wurden alle als Werkzeuge und Methoden zur Gewährleistung der erforderlichen Rechenschaftspflicht in Erwägung gezogen.

Professor Patrick Dunleavy von der London School of Economics and Political Science schloß die Erörterungen des ersten Tages mit einem Vortrag über das sich wandelnde Rollenbild der ORKBn und die Auswirkungen, die diese Veränderungen auf die Messung und Beurteilung der Wirksamkeit der Arbeit der ORKBn haben werden. Er ging auf die Entwicklung der staatlichen Verwaltungen von großen einheitlichen Strukturen zu stärker föderativ oder quasi-föderativ aufgebauten Systemen ein, betonte die mit der verstärkten

Privatisierung des staatlichen Sektors einhergehenden Veränderungen, wies auf den Trend zum neuen öffentlichen Management hin (das mit einem Aufbrechen der bürokratischen Hierarchien und dem Entstehen von unternehmerisch tätigen öffentlichen Einrichtungen einhergeht) und sprach über die Entwicklung hin zu einer "offeneren" staatlichen Verwaltung in einem elektronischen (Echtzeit) Umfeld. Von seinem Standpunkt aus habe jede dieser Veränderungen Auswirkungen auf die ORKBn und werde es für die ORKBn erforderlich machen, ein System der "vollständigen Offenlegung" einzuführen, eine Kommunikationsstrategie zu erarbeiten, die Auswirkungen neuer Medien vorherzusehen, sich bei "just-in-time" Wirtschaftlichkeitsprüfungen zu profilieren, sekundäre und tertiäre Prüfungsrollen zu entwickeln sowie sich mit übergreifenden, die gesamte staatliche Verwaltung betreffenden Themen zu beschäftigen.

Zum Abschluß der Sitzung wies er auch noch darauf hin, daß die Überprüfung von außen, erfolge sie nun in Form durch andere Prüfungsorgane, auf akademischer Ebene oder durch die Medien, auf jeden Fall umfassend und systematisch; quantitativ und qualitativ; moderiert und konsistent zu erfolgen habe; die Kriterien der ORKB mit einbeziehen müsse; und sich auf Vertrauen und Offenheit stützen müsse.

Thema III:

Mittel zur Unabhängigkeit

Vorsitzender: Arpád Kovacs, Ungarn

Berichterstatter: Francesco Sernia, Italien

Ausgehend von den Grundsätzen der Deklaration von Lima der INTOSAI und gestützt auf die Daten aus der Auswertung des EUROSAI-Fragebogens, legte Sernia eine vergleichende Bewertung der europäischen ORKBn im Hinblick auf die Mechanismen dar, welche die Unabhängigkeit der ORKBn gewährleisten. Bei allen europäischen ORKBn werde die Unabhängigkeit vom Gesetz her gewährleistet; 24 ORKBn seien tatsächlich in ihrer jeweiligen Verfassung oder Gesetzen von Verfassungsrang verankert, was zu einer Verstärkung der Sicherstellung von Unabhängigkeit und Stabilität beitrage, da zu ihrer Abänderung komplexe legislative Verfahren erforderlich sind. Obwohl es auf dem Gebiet der Haushaltsverwaltung schwieriger sei verallgemeinernde Schlußfolgerungen zu ziehen, sei doch ein positiver Trend zur Autonomie in diesem Bereich spürbar. In diesem Zusammenhang wies er auf eine noch interessantere Entwicklung hin, daß nämlich einige ORKBn Mittel und Wege gefunden haben, ihre Dienstleistungen Dritten anzubieten und damit selbst Einnahmen zu erzielen, die keine Transferleistungen aus dem Staatshaushalt darstellen. Betreffend die Sicherstellung eines großzügigen Handlungsspielraums für die oberste Führungsebene der ORKBn ließ sich ein eindeutigerer Trend herauslesen: hier schützen strenge Verfahren die leitenden Personen vor Amtenhebung und sorgen damit für größere Meinungsfreiheit. Bei der Umfrage stellte sich jedoch heraus, daß solche Garantien für ORKB-Mitarbeiter, die gleichzeitig Beamte oder öffentlich Bedienstete seien, nicht so deutlich gegeben seien. Für den

letzten Bereich der durch die Umfrage erhobenen Vergleichsdaten gab Sernia an, daß bei der Beantwortung des Fragebogens die Frage nach der Beurteilung der Wirksamkeit der von der ORKB durchgeführten Aktivitäten schwieriger zu beantworten gewesen sei, weil es nicht leicht sei, die Realität, daß nämlich der Durchführung von ORKB-Empfehlungen häufig passiver Widerstand entgegengebracht und/oder sie offen behindert werde, von der Frage zu trennen, wie gut die die ORKB tatsächlich arbeite.

Die Erörterung der von Sernia aufgeworfenen Fragen konzentrierte sich vor allem auf drei Gebiete: Haushalt und außerbudgetäre Einnahmen, Personal, und die Rolle der ORKBn im globaleren/supranationalen Umfeld. Bei der Erörterung des Themas Haushalt waren sich die meisten ORKBn einig darüber, daß sie in Wirklichkeit bei der Beschaffung der für die Aufrechterhaltung ihrer Arbeit erforderlichen und ausreichenden Finanzmittel ziemlich unabhängig seien. (Obwohl Befürchtungen laut wurden, daß dies in anderen Regionen innerhalb der größeren Gemeinschaft der INTOSAI anders sein könnte.) Es wurde jedoch darüber diskutiert, ob es angemessen sei, wenn ORKBn eigene Einnahmen außerhalb des vom Staat bewilligten Haushalts lukrieren, unter Bezugnahme auf Fragen wie Interessenskonflikte oder unfairen Wettbewerb mit dem Privatsektor. Im Hinblick auf die Personalsituation gaben einige ORKBn an, daß sie angesichts der nicht wettbewerbsfähigen staatlichen Gehälter Schwierigkeiten hätten, gut ausgebildete Mitarbeiter anzuwerben und zu binden. Einige ORKBn gaben an, durch staatliche Einstellungs- und Kündigungspraktiken Einschränkungen zu erfahren, andere wiederum, daß es ihnen völlig freistehe, Personal aus jedweder Quelle anzuwerben und einzustellen. Im Hinblick auf Befürchtungen in einem sich neu entwickelnden Bereich stelleneinige Delegierte fest, daß die ORKBn Vorgangsweisen entwickeln müßten, ihren zuständigen Regierungen Bericht über den Einsatz öffentlicher Gelder durch multinationale oder supranationale Körperschaften zu erstatten. In diesem Zusammenhang ging es um Punkte wie Koordinierung der Arbeit, Fragen der Rechtsprechung und des Zugangs zu Unterlagen etc., sowie um Berichterstattungsstrategien.

Thema IV:

Beziehungen zu den Medien

Vorsitz: William Dumazy, Belgien

Berichterstatter: Sir John Bourn,
Vereinigtes Königreich

Bei der Vorstellung dieses Themas teilte Sir John den Delegierten mit, Pierre Joxe habe, als er ihm die Berichterstattung für dieses Thema anbot, zu ihm gesagt, daß die Presse heute unser Parlament sei. Der britische Premier, Stanley Baldwin, zitierend stellte Sir John fest, daß Macht ohne Verantwortung im Laufe der Jahrhunderte das Vorrecht der Dirnen sei, und er fügte hinzu, daß heute in vielen Fällen die Medien über beträchtliche Macht verfügten, ohne jedoch Verantwortung zu tragen. Dieses Problem sei nicht neu und beschränke sich auch nicht auf Zeitungen; Sir John wies darauf

DIE DEKLARATION VON LISSABON FÜR DEN KONGRESS DER EUROSAI IN PARIS IM JAHR 1999

Die Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKBn), die als Mitglieder der EUROSAI in der Zeit vom 24. bis 26. Juni 1998 in Lissabon zu einem Vorbereitungsseminar für den im Jahr 1999 in Paris stattfindenden **IV KONGRESS der EUROSAI** zusammengekommen sind, haben sich auf folgende Schlußklärung geeinigt, als Ergebnis der Erörterung von:

Unabhängigkeit der Obersten Rechnungskontrollbehörden für staatliche Finanzkontrolle – Beziehungen zur gesetzgebenden, ausführenden und rechtsprechenden Gewalt

1. Die Befähigung zum unabhängigen Handeln stellt einen grundlegenden Faktor zur Gewährleistung des ordnungsgemäßen Funktionierens der ORKBn dar. Diese Befähigung bedeutet insbesondere, daß in der jeweiligen Verfassung und den jeweiligen Gesetzen unter anderem die Unmöglichkeit der Amtsenthebung ihrer Leitung und Mitglieder, unabhängig davon, ob diese lebenslang oder zeitlich begrenzt eingesetzt sind, sowie die Selbstbestimmung, einschließlich ausreichender Mitteldotierung, vorzusehen und von den **gesetzgebenden Körperschaften** einzuhalten sind.
2. Betreffend die Beziehung zur **ausführenden Gewalt** ist es unerlässlich, günstige und förderliche Bedingungen für die Erreichung der Selbstbestimmung durch die ORKBn für die Verwaltung sowohl ihres Personals als auch ihrer Finanzmittel zu gewährleisten. Dazu zählt insbesondere: die Festlegung der zu setzenden Aktivitäten (Rahmen, Zeitplan, Methoden); die Entscheidung, welche Stellen geprüft werden sollen; die Zusammenarbeit mit und die Beziehungen zu Organen der Innenrevision; die Verpflichtung geprüfter Stellen zur Zusammenarbeit mit den ORKBn; gegebenenfalls die Anerkennung der Verantwortlichkeiten einer geprüften Stelle; sowie die Einrichtung des Grundsatzes des kontradiktorischen oder eines ähnlichen Verfahrens.
3. Betreffend die Beziehung zur **rechtsprechenden Gewalt** wird es als wünschenswert betrachtet, daß gegebenenfalls ein Rahmenwerk für die Koordinierung der jeweiligen Befugnisse der ORKBn und der Organe der Rechtsprechung vorgegeben werde.

hin, daß zur Übertragung von Nachrichten schon eine Vielzahl von Medien herangezogen worden seien, wie etwa Feuer, Brieftauben, Radio, Fernsehen sowie das mächtigste Werkzeug der Gegenwart, das Internet. Sir John warnte, daß die Herausforderung für die ORKBn heute darin bestünde, mit den Medien wirksam umzugehen. Im weiteren verglich er die Medien mit Janus, dem römischen Gott mit den zwei Gesichtern – die Medien können einerseits ein freundliches, andererseits ein finsternes Gesicht zeigen. Wenn die janusköpfigen Medien finster blicken, dann könne das zu Dissonanzen oder zur einer Trivialisierung der Arbeit führen; eine Frage unerheblich oder überdimensional groß erscheinen lassen; und es bestünde die Gefahr, den Prüfer in eine Medienperson zu verwandeln. Zeigen die Medien sich wohlgesonnen, könne das der ORKB helfen, wenn ihre Arbeit einer größeren Öffentlichkeit an prominenter Stelle präsentiert wird und somit mehr Auswirkung zeigt; den Produkten der ORKB einen größeren Stellenwert verleihen, mehr Menschen dazu veranlassen, Informationen bereitzustellen und somit den Wert der Arbeit der ORKB steigern; und die Mitarbeiter motivieren und deren professionelle Fähigkeiten herausstreichen. Um darzustellen, wie die Beziehungen zu den Medien wirksam gehandhabt werden können, griff Sir John auf Fallbeispiele aus Frankreich, Italien, Portugal und Polen zurück.

Bei den darauf folgenden Erörterungen zeigten sich mehrere Bereiche, die zur Besorgnis Anlaß geben. Die Themen Veröffentlichung und Verteilung von Berichten und Vor- und Nachteile der Veröffentlichung aller oder bestimmter Berichte wurden ausführlich besprochen. In der Folge drehten sich die Erörterungen darüber, wieviel Aufmerksamkeit der ORKB und ihrer Rolle und wieviel dem Parlament (und den Politikern) zukommen solle. Stellungnahmen in diesem Zusammenhang zu Fragen der Informationsfreiheit und zu "undichten Stellen" zeigten, daß es Besorgnis über den Schutz von vertraulichen Informationen gab ebenso wie Probleme, die auftreten können, wenn Informationen freigegeben werden, bevor die betroffenen Parteien über die Prüfungsfeststellungen und Empfehlungen informiert worden sind. Mehrere ORKBn gaben an, im Umgang mit dieser heiklen Beziehung zwischen der ORKB und den Medien den Beistand von Medienspezialisten zu suchen.

Professor Juan Zornoza von der Universität Carlos II in Madrid faßte die Erörterungen zu den Themen III und IV zusammen. In seinen Äußerungen strich auch er den Wert der Unabhängigkeit heraus, meinte aber, das Modell der Unabhängigkeit der ORKBn müsse sich etwas vom dem der Unabhängigkeit der Rechtsprechung unterscheiden. Im weiteren sprach er über die Bedeutung des Rechts zur Ernennung der Leitungsebene und die Aufrechterhaltung eines "nicht-abhängigen" Status innerhalb der staatlichen Verwaltung, über die Herausforderungen im neuen globalen Umfeld sowie über die Notwendigkeit, sich damit auseinanderzusetzen, wie sich die Unabhängigkeit dem Auge des Betrachters darstelle und wie sie in Wirklichkeit beschaffen sei. Daraufhin bemerkten einige Teilnehmer auch, wie wichtig es sei, die "Wahrheit ans Licht zu bringen", und daß die ORKBn möglicherweise auch Überlegungen dahingehend anstellen sollten, welche Maßnahmen

zur besseren Information der Öffentlichkeit über die Rolle der ORKB bei der Gewährleistung der Rechenschaftspflicht der staatlichen Verwaltung erforderlich seien.

Schlußfolgerungen

Unter Hinweis darauf, daß es für einen "unabhängigen Beobachter" schwierig sei, einer Gruppe von "unabhängigen ORKBn" einen "unabhängigen Bericht" zum Thema "Unabhängigkeit" vorzulegen, faßte Professor Guy Carcassonne von der Universität Paris X die Erörterungen der abgelaufenen Woche zusammen. Er hielt fest, daß Rechenschaftspflicht und Kontrollmechanismen als Ursprung von Freiheit und Demokratie betrachtet werden können, und daß sie nicht übersehen werden dürften, weil sie zur Gewährleistung der Freiheit unerlässlich seien. Er sprach auch über Verantwortung – von Seiten der Regierung als auch von Seiten der ORKBn – und daß es notwendig sei, einen Ausgleich zu finden zwischen dem Erfordernis, der Öffentlichkeit (den Bürgern) zu dienen, und dem Erfordernis, dem Parlament Informationen zu liefern.

Bei der Abschlusssitzung erklärte der Vorsitzende der französischen Nationalversammlung, Laurent Fabius, daß er es schätze, daß die ORKBn "Licht ins Dunkel" brächten, um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu gewährleisten. Er wiederholte Äußerungen, die er schon anläßlich eines Empfangs zu Beginn der Woche gemacht hatte, als er darauf hinwies, daß die Gesellschaft ein Recht habe, Bedienstete des Staates zur Rechenschaft zu ziehen, und daß dafür nicht immer neue Gesetze erforderlich seien, sondern vielmehr ein verstärktes Augenmerk auf Überprüfungen und Beurteilungen gelegt werden müsse. Er stellte fest, daß der Kongreß der EUROSAT zeige, daß die Überprüfung und der Vergleich der besten Praxis zwischen unterschiedlichen Behörden, welche aber der Geist der Zusammenarbeit eint, gemeinsame Ideen und Ziele hervorbringen könne, die allen zugute kommen.

Die Delegierten waren sich einig, daß ihre Erörterungen in der "Stadt des Lichts" tatsächlich ein neues Licht auf ein wichtiges Thema im Rahmen der INTOSAI geworfen und neue Perspektiven eröffnet hatten. Zum Abschluß des Kongresses verabschiedeten sie die Schlußfolgerungen des 4. Kongresses der EUROSAT zum Thema Unabhängigkeit der ORKBn (siehe Text in Kasten auf Seite 13).

Allgemeine Plenarsitzungen

Zu Beginn und zum Abschluß des Kongresses befaßten sich die Delegierten mit der Erörterung von und Abstimmung über verschiedene Punkte der Geschäftsordnung:

- Armenien wurde als neues Mitglied aufgenommen;
- Dänemark und Slowenien wurden zu neuen Mitgliedern des Präsidiums der EUROSAT gewählt;
- Irland und Belgien wurden zu Rechnungsprüfern der EUROSAT für den Zeitraum 1999-2001 ernannt;
- Rußland wurde zum Gastgeber für den nächsten Kongreß im Jahr 2002 bestimmt;

- eine EntschlieÙung zur Einrichtung einer Sonderarbeitsgruppe der EUROSAT zum Thema Umweltprüfung, welche als Teil der neuen von der INTOSAT-Arbeitsgruppe Umweltprüfung eingeschlagenen Vorgangsweise ein regionales Umweltprüfungsprogramm fördern und entwickeln wird, wurde verabschiedet;
- eine EntschlieÙung zur Einrichtung eines Vorbereitungsausschusses zur Untersuchung der Frage der Aus- und

Weiterbildung im Rahmen der EUROSAT wurde erörtert und approbiert; und

- der Vorsitzende der OLACEFS, Victor Enrique Caso Lay, legte zu einem verwandten Gebiet einen von den Mitgliedern gebilligten Bericht vor, der vorschlägt, daÙ OLACEFS und EUROSAT Möglichkeiten für eine verstärkte Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Aus- und Weiterbildung sowie des Austausches von Mitarbeitern untersuchen sollen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN DES 4. KONGRESSES DER EUROSAI ZUM THEMA UNABHÄNGIGKEIT DER ORKB

4. Juni 1999

In der Deklaration von Lima der INTOSAI (1977) bekräftigten die ORKBn, wie stark verhaftet sie der Unabhängigkeit sind, welche eine unabdingbare Voraussetzung für die wirksame Überprüfung der Verwaltung öffentlicher Gelder darstellt. Seit damals hat es zahlreiche gesellschaftliche, technologische und politische Entwicklungen gegeben. Insbesondere hat die Öffnung von Ländern in Mittel- und Osteuropa für eine demokratische Regierungsform die Forderung nach Unabhängigkeit und Transparenz erneut in den Vordergrund gestellt. Entwicklungen wie Dezentralisierung, Privatisierung und Deregulierung haben die öffentliche Verwaltung verändert. Aus diesem Grund bekräftigen die Mitglieder der EUROSAI, nach ihrer Zusammenkunft zum Seminar von Lissabon (1998) und ihrem Kongreß in Paris (1999) erneut, daß ihre Unabhängigkeit heute auf den folgenden Grundsätzen aufbaut:

1. Den ORKBn sind die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie für eine vollständige Unabhängigkeit benötigen

Die Unabhängigkeit der ORKBn sollte sich auf verfassungsrechtliche oder gesetzliche Bestimmungen gründen, die ihren Status als Institution innerhalb des Staatsganzen verankern. Die Unabhängigkeit gründet sich auch auf die den Leitern der ORKBn gewährten Sicherheiten, die es ihnen ermöglichen, ihren Pflichten in einem angemessen stabilen Umfeld nachzukommen. Der gesetzliche Schutz gegen Druck von außen sowie klar umrissene Untersuchungsbefugnisse sind erforderlich, um die Unabhängigkeit der Prüfer zu wahren.

Den ORKBn sind die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, welche ihnen die Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben ermöglichen. Autonomie in der Haushaltserstellung ist ein weiterer Faktor, der einer echten Unabhängigkeit förderlich ist.

Um eine völlig Unabhängigkeit zu gewährleisten, muß es den ORKBn schließlich auch freistehen, Prüfungen nach eigenem Ermessen eigenverantwortlich zu planen und durchzuführen.

2. Die Unabhängigkeit ist untrennbar mit der Rechenschaftspflicht verbunden, welche, je nach dem verfassungsrechtlichen Rahmen eines bestimmten Landes, in unterschiedlicher Weise gewährleistet wird

Die ORKBn müssen sich an die selben Regeln halten, deren Einhaltung sie anderen empfehlen.

Daher sind sie gehalten, Verfahren zur Innenrevision einzurichten, um so die Wirksamkeit ihrer eigenen Arbeit zu gewährleisten. Innenrevisionsorgane sollten so aufgebaut sein, daß sie in der Lage sind, dem Leiter der ORKB und den hochrangigen Beamten ein klares Bild über die Leistungen der Behörde zu verschaffen. Diese Innenrevisionsorgane sollten für die regelmäßige Überwachung betrieblicher Kennzahlen sorgen und Bewertungen der Prüfungsergebnisse durchführen.

Immer mehr ORKBn lassen sich von externen Prüfern überprüfen. Mit diesem Verfahren wird der Öffentlichkeit gewährleistet, daß die ORKB ihre Arbeit ordnungsgemäß ausführt; es sollte jedoch nicht ihre Unabhängigkeit in Frage stellen.

Durch die Veröffentlichung von Berichten über ihren Haushaltserfolg und ihre Prüfungstätigkeiten und die Vorlage dieser Berichte an das Parlament sollten die ORKBn für ein Höchstmaß an Transparenz darüber sorgen, wie sie die vorhandenen Mittel einsetzen und welche Ergebnisse sie damit erzielen.

3. Die Beziehungen zu den Medien stellen einen weiteren Kennwert für die Unabhängigkeit der ORKBn dar.

Die Freiheit der ORKBn, innerhalb der vorgegebenen gesetzlichen Bestimmungen und Aufsichtsbestimmungen ihre eigenen Kommunikationsstrategie gegenüber den Medien und der Öffentlichkeit zu verfolgen, ist ein wichtiger Bestandteil ihrer Unabhängigkeit und Wirksamkeit. Die ORKBn sollen dafür Sorge tragen, daß die von ihnen gewählte Art der Kommunikation ein korrektes und objektives Bild von ihrer Arbeit vermittelt und nicht Anlaß zu sinnlosen Kontroversen bietet.

Mit der Ausnahme von Fällen, wo eine Offenlegung aufgrund von gesetzlichen oder verfassungsrechtlichen Bestimmungen zwingend vorgeschrieben ist, schließt diese Freiheit die Möglichkeit der Entscheidung darüber mit ein, ob ein bestimmter Bericht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll. Der gleiche Entscheidungsspielraum kann für den Inhalt, das Medium, das Format, den Zeitpunkt, die Regelmäßigkeit und den Weg der Offenlegung gelten.

Transparenz gegenüber der geprüften Stelle ist unerläßlich. Zur Herstellung dieser Transparenz ist entweder ein Ablauf erforderlich, bei dem mit der geprüften Stelle Einigkeit über Fakten erzielt wird, und/oder die Ermöglichung des Zugangs der Öffentlichkeit zu den Reaktionen der geprüften Stelle, möglicherweise durch die Veröffentlichung dieser Reaktionen gleichzeitig mit den Berichten der ORKB, um so die Öffentlichkeit vollständig, korrekt und ausgewogen zu informieren.

Der Öffentlichkeit muß durch die Bereitstellung von Exemplaren stets direkter Zugang zu den Berichten ermöglicht werden, deren Veröffentlichung die ORKB beschlossen hat. Die Berichte sollten in verschiedenen Medien zugänglich gemacht werden, einschließlich einer Website.

Die Niederlande: Auf der Suche nach einer neuen Form der Rechenschaftspflicht

Von M. Dees und A.J.R.M. Linders, Niederländischer Rechnungshof

Einführung

In den 80iger Jahren führte die niederländische Verwaltung eine großangelegte Aktion zur Verbesserung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Ministerien durch. Das Hauptziel dabei bestand in einer Verbesserung der Ausgabenbewirtschaftung, was angesichts der zu diesem Zeitpunkt prekären Lage der Staatsfinanzen unabdingbar war. Der unter der Bezeichnung Programm zur Reform des staatlichen Rechnungswesens bekannt gewordene langfristige Aktionsplan hat bereits Früchte getragen. Im allgemeinen wurde die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Ministerien wieder konsolidiert. Ebenso ist die Ordnungsmäßigkeit der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen in hohem Maße gesichert. Auch auf politischer Ebene hat sich die Lage betreffend öffentliche Ausgaben beruhigt; schon seit einigen Jahren hat es keine tiefgreifenden Wirtschaftsmaßnahmen mehr gegeben. Mit Hilfe einer Strategie des "vorsichtigen Wachstums" und der Vorgabe von Ausgabenplafonds gelang es den Niederlanden ohne größere Anstrengung die Beitrittskriterien für die Wirtschafts- und Währungsunion im Rahmen der Europäischen Union zu erfüllen.

Trotz dieser Fortschritte besteht immer noch ein gewisses Maß an Unzufriedenheit in Bezug auf die Haushaltserstellungs- und Rechnungslegungsverfahren, welchem vor allem vom Unterhaus des niederländischen Parlamentes Ausdruck verliehen wurde. Erstens war das Unterhaus der Ansicht, daß die Rechnungsabschlüsse häufig zu spät im Jahr veröffentlicht würden. Darüber hinaus befand es, daß die Rechnungsabschlüsse nicht in ausreichendem Maße zugänglich, zu fachspezifisch formuliert, zu umfangreich im Volumen, jedoch zu eingeschränkt im inhaltlichen Umfang wären. Zwar böten die Rechnungsabschlüsse Einsichten in rein finanzielle Angelegenheiten, hätten aber in ihrer gegenwärtigen Form zu wenig Aussagekraft betreffend die mit den vorhandenen Finanzmitteln erzielten Ergebnisse sowie darüber, ob diese Ergebnisse zur Erreichung der gesetzten Ziele beigetragen hätten. Es sei jedoch gerade diese Art von Informationen, die das Parlament zur Kontrolle der Regierungspolitik benötige. Das Nichtvorhandensein dieser Informationen habe teilweise dazu beigetragen, daß das Parlament seiner Kontrollfunktion nicht in ausreichendem Maße nachgekommen sei.

Im Sinne der Verbesserung der Ausübung seiner Kontrollfunktion ergriff das Unterhaus (in Form des Ausschusses für öffentliche Ausgaben) selbst die Initiative und forderte die frühzeitigere Veröffentlichung der Rechnungsabschlüsse sowie eine qualitative Verbesserung der Jahresabschlüsse. Vorschläge zur Erreichung dieser Ziele wurden in Zusammenarbeit mit Vertretern des Finanzministeriums, anderer

Ministeriensowie mit dem niederländischen Rechnungshof erarbeitet.

Forderung nach frühzeitigerer Veröffentlichung

Bis vor kurzem war es üblich, daß die Jahresabschlüsse der Ministerien gleichzeitig mit den darüber vom niederländischen Rechnungshof erstellten Berichten, d.h. am 1. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres, veröffentlicht wurden. Zum letzten Mal wurde im Jahr 1997 (für die Jahresabschlüsse 1996) so verfahren. Im Vergleich zur Situation, die vor dem Programm zur Reform des staatlichen Rechnungswesens geherrscht hatte, als die Rechnungsunterlagen dem Parlament oft erst viele Jahre nach dem entsprechenden Haushaltsjahr übermittelt wurden, stellte dies eine beträchtliche Verbesserung dar, die überdies innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums erzielt wurde. Dennoch ist der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Jahresabschlüsse immer noch ungünstig gewählt, da er mit der Vorlage der neuen Haushaltsentwürfe zusammenfällt. In den letzten Jahren wurde aus diesem Grund den Jahresabschlüssen vom Parlament manchmal nicht die ihnen zustehende Aufmerksamkeit gewidmet. Das Unterhaus selbst betrachtete diesen Zustand im Hinblick auf die Ausübung seiner Kontrollfunktion als sehr unbefriedigend. Die betroffenen Parteien (Minister, niederländischer Rechnungshof, Unterhaus) sind daher übereingekommen, eine frühzeitigere Veröffentlichung der Jahresabschlüsse zu fordern. Dementsprechend sind die Ministerien und der niederländische Rechnungshof gehalten, ihre Rechnungslegungs- und Rechnungsprüfungsverfahren rascher abzuschließen. Die Ministerien müssen nun bis 15. März ihre Jahresabschlüsse vorlegen und der niederländische Rechnungshof bis 15. Mai seine Prüfung abschließen. Die Jahresabschlüsse können dann unmittelbar dem Parlament zur Befassung vorgelegt werden, wobei die entsprechenden Erörterungen vor der Sommerpause des Parlamentes abgeschlossen werden. Der neue Terminplan für die Veröffentlichung der Jahresabschlüsse soll mit dem Jahr 2000 (Haushaltsjahr 1999) in Kraft treten.

Qualitative Verbesserung

Um die gewünschte qualitative Verbesserung zu erreichen, müssen die Rechnungsabschlüsse mehr Informationen darüber liefern, wie politische Ziele erreicht und welche Leistungen mit Hilfe der vorhandenen Haushaltsmittel erbracht wurden. Eine derartige, auf die Erreichung strategischer Ziele ausgerichtete Rechnungsführung entstehe jedoch nicht von selbst. Schon die Haushaltspläne müssen konkretere

und quantifizierbare strategische Ziele aufweisen. Zu diesem Zweck soll es in den Haushaltsplänen und den Büchern zu einem verstärkten Einsatz von Kennwerten kommen, besonders im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit (Kosteninformation zu Produkten und/oder Leistungen) und Wirksamkeit (Auswirkung ereingesezter Strategie). Jahresabschlüsse zu langfristigerenpolitischen Strategien sollen Aufschluß geben über den bei der Erreichung der Zielsetzungen erzielten Fortschritt, und zwar anhand von jährlichen Ausgabenzielen. Dieses Verfahren könnte noch weiter verfeinert werden, wenn die entsprechenden Haushaltspläne bereits strategische Prioritätsfestlegungen enthielten (siehe Beispiel 1 im untenstehenden Kasten). Das Unterhaus würde dabei zur Festlegung der Prioritäten eine explizite Entscheidung treffen und diese dann gegebenenfalls später revidieren müssen – die ersten Schritte in dieser Richtung wurden bereits unternommen.

Beispiel 1: Aussage zu strategischen Prioritäten

"Eines der Ziele des Wirtschaftsministeriums besteht in der Förderung von Exporten aus den Niederlanden nach Afrika. Für das kommende Haushaltsjahr findet dies in der strategischen Priorität der Steigerung des Exports von Milchvieh um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr seinen Ausdruck. Eine weitere strategische Priorität besteht darin, die Anzahl der vom Wirtschaftsministerium auf diplomatische Posten für die Niederlande entsandten Mitarbeiter um 50% im Vergleich zur gegenwärtigen Situation zu erhöhen."

Weitere Vorschläge zur qualitativen Verbesserung sehen vor, die Jahresabschlüsse in allgemeinere Abschnitte zu unterteilen und das Verhältnis zwischen Strategie, Programmen und Finanzmitteln aufzuschlüsseln. Betreffend die Aufgliederung der Jahresabschlüsse in allgemeinere Abschnitte tritt die Arbeitsgruppe, von welcher der Vorschlag stammt, für eine Senkung der gegenwärtigen Anzahl von Budgetkapiteln ein. Jedes Kapitel sollte einen eigenen, erkennbaren Bereich der politischen Strategie behandeln. Der Abschnitt zum Thema "Betriebliche Aktivitäten" sollte ebenfalls nach allgemeineren Kriterien aufgegliedert werden. Einen wichtigen Aspekt stellt dabei die vom jeweiligen Minister verfaßte Aussage zum Betriebsergebnis dar, in der die betrieblichen Aktivitäten im Lichte einer Anzahl festgesetzter Kennwerte betrachtet werden (siehe Beispiel 2 im untenstehenden Kasten). Die Initiative, über besondere Vorkommnisse oder Abweichungen Bericht zu erstatten, obliegt dabei dem jeweiligen Minister.

Beispiel 2: Ministerielle Aussage zum Betriebsergebnis

"Gemäß dem Gesetz über die staatliche Rechnungsführung aus dem Jahr 1999 sollen die betrieblichen Aktivitäten eines Ministeriums Kontrollverfahren bein-

halten, die in angemessener Weise Sicherstellung über die Abläufe zur Strategiefestlegung und Haushaltsplanung im Verantwortlichkeitsbereich des Ministers erbringen sollen. Derlei Verfahren müssen folgenden Anforderungen genügen: Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, und Wirksamkeit; Einhaltung gesetzlicher Normen und Vorschriften sowie der Grundsätze der Ehrenhaftigkeit; Verlässlichkeit des externen Informationsflusses; Bewahrung von Werten. Weitere Bestimmungen betreffend derartige Kontrollverfahren finden sich in ...

Meiner Ansicht nach haben der Aufbau und der Ablauf der betrieblichen Aktivitäten des Ministeriums XXX im abgelaufenen Jahr den festgelegten Anforderungen entsprochen (mit Ausnahme von). Eine Reihe spezifischer Punkte werden gemäß den mit dem Unterhaus des Parlamentes bei der Erörterung des Haushaltsplans für das Ministerium XXX getroffenen Vereinbarungen im folgenden näher erläutert.

<Unterschrift>: Der Minister für XXX."

Um deutlich zu machen, daß es zu einer Ausweitung des Umfangs der Rechenschaftspflicht gekommen ist, wird der Begriff "Jahresbericht" anstelle des Begriffes "Jahresabschluß" eingeführt.

Rechnungsabschlüsse, welche die gesamte staatliche Verwaltung betreffen, werden unter der Bezeichnung "Jahresbericht des Staates" erstellt werden, womit der staatlichen Verwaltung Gelegenheit geboten wird, als Ganzes über strategische Ziele, Programme und Aktivitäten sowie Finanzmittel auf landesweiter Ebene Bericht zu erstatten. Dieser Bericht wird dann die Grundlage für eine jährlich am oder unmittelbar nach dem dritten Mittwoch im Mai abzuhaltende Plenartagung im Unterhaus bilden. Darüber hinaus hat sich das Unterhaus verpflichtet, im voraus angekündigte strategischen Prioritäten in Rahmen einer Sondersitzung zu erörtern.

Die neue Version des Jahresberichts wird frühesten im Jahr 2001 dem Parlament der Niederlande, den Generalstaaten, vorgelegt werden und zusammen mit dem dazugehörigen Prüfbericht des niederländischen Rechnungshofes als Grundlage für die Billigung des Verhaltens des Ministers dienen. Unter der Führung des Finanzministeriums werden diese Vorschläge gegenwärtig ausgearbeitet und konkretisiert.

Folgen für die Prüfungstätigkeit

Der gesamte Jahresbericht muß intern von den ministeriellen Prüfungsstellen und extern vom niederländischen Rechnungshof einer Prüfung unterzogen werden. Die gegenwärtig in erster Linie auf finanzielle Fragen abgestellten Aspekte dieser Prüfung müssen in Zukunft um Aspekte der Strategie und der Programmerrfüllung erweitert werden. Daher wird sich der Schwerpunkt der Prüfung verlagern. Da die Jahresabschlüsse früher veröffentlicht werden, muß die Prüfung auf

einer kontinuierlicheren Basis erfolgen. Verfahren, die früher am Ende des Haushaltsjahres durchgeführt wurden, müssen dann im Verlauf des Haushaltsjahres selbst erfolgen, um die Arbeitsbelastung nach dem Bilanzstichtag nicht eskalieren zu lassen. Die Ministerien könnten derartige kontinuierliche Prüfungen durch die Erstellung von Zwischenberichten und die Vorlage von Rechnungsunterlagen zur Prüfung im Lauf des Jahres (z.B. zu jedem Quartal) erleichtern.

Wachstumskurve

Das gegenwärtig eingesetzte Berichtslegungsverfahren kann nicht über Nacht ersetzt werden. Zur Umsetzung eines solchen Änderungsprozesses ist eine Wachstumskurve erforderlich. Es müssen z.B. Gesetze und Vorschriften beachtet werden. Außerdem müssen angesichts der Beziehung

zwischen der Rechnungsführung und dem Haushaltsplan auch Veränderungen im Haushaltsplan vorgenommen werden. Die Erstellung von Kennwerten für Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit durch die Ministerien wird intensiven Arbeitseinsatzerfordern. Darüber hinaus werden die Ministerien Informationssysteme einrichten müssen, die sie in die Lage versetzen, Aktivitäten, Leistungen und strategische Ergebnisse systematisch zu überwachen.

Nähere Informationen erhältlich bei den Autoren: Algemene Rekenkamer, Financial Control and Information Technology Department, Lange Voorhout 8, NL- 2514 JK, Den Haag, Niederlande (Fax: ++31-70-342-4217; E-Mail: m.dees@rekenkamer.nl). ■

Sonderbericht: ORKB von Simbabwe untersucht den Stand der Vorbereitungen der staatlichen Verwaltung für das Jahr-2000-Problem

Von der Obersten Rechnungskontrollbehörde von Simbabwe

Der Leiter der ORKB von Simbabwe, Eric Harid, hat die Risiken untersucht, denen sich die Programme und Operationen der staatlichen Verwaltung im Hinblick auf das Jahr-2000-Computer-Problem (Y2K-Problem) gegenübersehen könnten. Er überprüfte die Fortschritte, die eine Reihe von Ministerien, Abteilungen und halbstaatlichen Unternehmen bei ihren Vorbereitungen zur Minimierung der durch das Y2K-Problem entstehenden Risiken erzielt haben. Darüber hinaus unterzog er die staatlichen Initiativen, die durch den vom Minister für Höhere Bildung und Technologie eingesetzten nationalen Ausschuss für die Jahr-2000-Sicherheit in die Wege geleitet wurden, sowie die Aktivitäten des zentralen EDV-Dienstes zur Koordinierung von nationalen und staatlichen Anstrengungen zur Minimierung der Auswirkungen des Problems auf Simbabwe. Dieser Artikel stellt eine Zusammenfassung der bei dieser Überprüfung angewandten Vorgehensweisen sowie der dabei erzielten Ergebnisse dar.

Alle Programme und Operationen sind betroffen

Die staatliche Verwaltung von Simbabwe und alle ihre Einrichtungen werden sich dem Y2K-Problem nicht entziehen können. Zu den möglicherweise betroffenen Systemen gehören: Waffen der Verteidigungskräfte; Wasserpumpen der kommunalen Gebietskörperschaften; Radarsysteme und das aeronautische Telekommunikationsfestnetz im Ministerium für Zivilluftfahrt; das Wählerregistriersystem in der zentralen Standesbehörde; medizinische Lebenserhaltungssysteme und Diagnoseeinrichtungen in Spitälern; die Abrechnungssoftware und die Telefonvermittlungssoftware sowie das Telefonvermittlungsnetz der Post; die Cockpit- und Flugsteuerungssysteme und das Flugreservierungssystem der Luftfahrtlinie Air Simbabwe; das Stromerzeugungs-, verteilungs- und verrechnungssystem der Elektrizitätswerke von Simbabwe; das Kundenverwaltungssystem für das nationale Pensionssystem und den Arbeitslosenversicherungsfonds der nationalen Sozialversicherungsbehörde; TV-Studioeinrichtungen, Übertragungseinrichtungen und digitale Vermittlungsstellen im Kontrollraum des staatlichen Rundfunks von Simbabwe; das staatliche Gehaltsabrechnungssystem in der zentralen Gehaltsstelle; und das Einnahmen- und Ausgabensystem im zentralen EDV-Dienst.

Der Ausfall jedes dieser missionskritischen Systeme hat katastrophale Auswirkungen auf die Fähigkeit der staatlichen Verwaltung, ihre Aufgaben zu erfüllen. Der Leiter der ORKB stellte mit Nachdruck fest, daß es notwendig sei, unverzüglich eine Untersuchung der gefährdeten Infrastruktur und der Gefahren für Computer-Hardware und -Software sowie für Kontrollmechanismen für Bereiche wie Telekommunikation, Stromversorgung, Bank- und Finanzwesen, Transportwesen, Wasserversorgung, Notfallsdienste sowie für die Aufrechterhaltung von staatlichen Dienstleistungen vorzunehmen.

Die Untersuchung der dabei erzielten Fortschritte konzentrierte sich auf spezifische Informationen zu den von jedem Ministerium, jeder staatlichen Stelle, jedem halbstaatlichen Unternehmen oder jeder anderen staatlichen Einrichtung getroffenen Schritten zur Feststellung der möglicherweise betroffenen Systeme, Einrichtungen und Geräte und zur Ergreifung von Maßnahmen zur Minimierung des Y2K-Risikos.

Langsame Reaktion auf staatlicher Ebene

Die Untersuchung der ORKB zeigte, daß sich die meisten Ministerien und deren Abteilungen der Existenz des Problems zwar bewußt waren, jedoch weder eine Vorstellung vom Ausmaß des Problems noch Ansätze zu seiner Lösung hatten. Es gab keine Y2K-Projektgruppen und daher auch weder Notfallpläne noch Zeitpläne oder Inventarlisten. Von den von der Überprüfung betroffenen 14 Abteilungen hatten 3 bereits Software- und Hardware-Prüfungen vorgenommen, 4 befanden sich in der Inventarisierungsphase, 6 hatten noch nicht einmal mit der Planung begonnen, und 2 waren gerade erst dabei, EDV-gestützte Systeme anzuschaffen. Keines der vier überprüften Ministerien hatte mit Planungstätigkeiten zum Y2K-Problem begonnen. Bei der Überprüfung der Staatskasse stellte sich auch heraus, daß die Ministerien und Abteilungen noch gar nicht an den Fiskus herangetreten waren, um sich Haushaltsmittel für möglicherweise durch Tests, Verbesserungen und/oder Erneuerungen verursachte Kosten zuweisen zu lassen. Angesichts der Tatsache, daß der Haushaltsentwurf für das Jahr 1999 am 15. Oktober 1998 dem Parlament vorgelegt worden war, zeigte die Überprüfung deutlich, daß möglicherweise nicht genug Mittel zur Verfügung stehen werden und daß einige wichtige missionskritische Systeme in

Ministerien und Abteilungen die Fähigkeit der staatlichen Verwaltung, ihren Aufgaben nachzukommen, beeinträchtigen könnten.

Von den fünf untersuchten halbstaatlichen Betrieben hatten zwei bereits eine Inventarisierung all ihrer Software und Ausstattung vorgenommen und standen vor einer Überprüfung ihrer Systeme; die anderen drei befanden sich noch in der Inventarisierungsphase. Im Bericht der ORKB wird angesichts des langsamen Fortschritts in den halbstaatlichen Unternehmen Besorgnis geäußert und weiters angeführt, daß eine Beschleunigung der Y2K-Projekte ebenso erforderlich sei wie sicherzustellen, daß die Direktorien der halbstaatlichen Unternehmen aktives Interesse an den zur Minimierung der Auswirkungen des Problems auf den Betrieb der Unternehmen erzielten Fortschritten an den Tag legen. Es wurde auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, diesen Fortschritt durch die Direktorien und die oberste Führungsebene der Unternehmen überwachen zu lassen.

Der Untersuchungsbericht stellte auch fest, daß der nationale Ausschuß für die Jahr-2000-Sicherheit am 16. August 1988 ein Treffen mit Vertretern verschiedener Ministerien, Abteilungen von Ministerien und halbstaatlichen Unternehmen anberaumt hatte. Dennoch sei vom Ausschuß noch eine Menge grundlegender Arbeiten bezüglich seiner Aufgabenstellung zu leisten.

Der Leiter der ORKB hielt fest, daß im allgemeinen die Umsetzung der Projekte im Großteil der staatlichen Verwaltung nur langsam voranschreite. In den überprüften Einrichtungen herrsche geringes Verständnis über das Ausmaß des Problems und noch weniger werde aktiv dagegen unternommen. Zwar sei sich die Mehrheit darüber im klaren, daß es ein Problem gebe, doch sei ihnen weder das Ausmaß und die Tragweite des Problems bewußt noch die im Hinblick darauf zu treffenden Maßnahmen klar. Die meisten verfügten nicht über ausfallssichere Lösungen oder Notbetriebspläne. Diejenigen, die Schritte unternahmen, hätten ein Y2K-Projektteam, das sich der uneingeschränkten Unterstützung durch die

oberste Führungsebene erfreue. Erst nach einer Analyse des Problems und der damit verbundenen betrieblichen Risiken könne eine Organisation sich ein genaues Bild vom Umfang der erforderlichen Aktivitäten und der zur Behebung des Problems erforderlichen Zeit und Mittel machen.

Empfehlungen der ORKB

Der Leiter der ORKB, Harid, gab eine Reihe von Empfehlungen ab. Es sei klar, daß ein Problem gegeben sei und daß Maßnahmen zur Lösung dieses Problems getroffen werden müßten, vorzugsweise von der höchsten Ebene der staatlichen Verwaltung im Lande ausgehend (z.B. dem Kabinett). Y2K-Projektteams (einschließlich nationaler Arbeitsgruppen, Koordinierungsarbeitsgruppen der sektoralen und zentralen staatlichen Verwaltung) müssen Führung und Unterstützung von der höchsten Ebene der Ministerien, Abteilungen, halbstaatlichen Unternehmen oder staatliche Einrichtungen erhalten. Das Finanzministerium als Verwalter der öffentlichen Gelder und der zentrale EDV-Dienst als Experte für IT-Systeme in der staatlichen Verwaltung sollten an den nationalen Belangen im Zusammenhang mit dem Y2K-Problem aktiv beteiligt sein. Y2K-Projekten müsse die höchste Priorität eingeräumt werden, wobei sich die einzelnen Institutionen oder Abteilungen rasch um die erforderliche Mittelbeschaffung kümmern sollten; sie müßten bereit sein, alles in ihrer Macht Stehende zu tun und sich zuerst mit den missionskritischen Angelegenheiten befassen. Es sei unabdingbar, eine Inventarisierung aller Systeme vorzunehmen und dann ihre Bedeutung und das betriebliche Risiko ihres Ausfalls festzustellen. Risikoanalysen zur Priorisierung der zu treffenden Maßnahmen, zum besseren Verständnis der bevorstehenden Probleme und zur Festlegung wirkungsvoller Strategien seien äußerst wichtig.

Nähere Auskünfte erhältlich bei: Office of the Comptroller and Auditor General, Borrowoughs House Cnr. Fourth Street, George Silundike Avenue, Harare, Simbabwe (Tel. 263-4-72-83-21, 263-4-72-83-21; Fax: 263-4-72-83-27). ■

Länderprofil: St. Kitts - Nevis

Von Wesley Galloway, Audit Manager

Die Föderation von St. Kitts und Nevis besteht aus zwei durch eine dreieinhalb Kilometer breite Wasserstraße getrennte Inseln inmitten der sich von Florida in Norden bis Trinidad und Tobago im Süden erstreckenden karibischen Inselkette. St. Kitts und Nevis ist Teil der Gruppe der Inseln unter dem Wind in Rahmen der Kleinen Antillen, gemeinsam mit Antigua/Barbuda, Anguilla und Montserrat.

Historischer Hintergrund

Die Geschichte der Obersten Rechnungskontrollbehörde von St. Kitts reicht zurück bis in die Zeit, als die Insel von England kolonisiert wurde. Zu dieser Zeit stand der ORKB vor Ort ein Director of Audit vor, welcher dem Director General des Colonial Audit Office (Koloniale Rechnungskontrollbehörde) berichtspflichtig war. Der ortsansässige ORKB-Leiterentwickelte in Übereinstimmung mit den vorgegebenen Richtlinien das Arbeitsprogramm, das von der Kolonialverwaltung genehmigt werden mußte.

Als St. Kitts –Nevis im Februar 1967 den Status eines assoziierten Staates erlangte, schrieb die Verfassung die Errichtung einer obersten Rechnungskontrollbehörde vor und legte auch in groben Zügen die Aufgaben des Leiters dieser obersten Rechnungskontrollbehörde fest. Im September 1983 wurde die Oberste Rechnungskontrollbehörde von St. Kitts Mitglied der INTOSAI. Darüber hinaus ist sie auch noch ein Gründungsmitglied der CAROSAI.

Organisatorischer Aufbau

Der ORKB-Leiter erfüllt seine Aufgaben mit der Hilfe von 17 Mitarbeitern. Dreizehn davon befinden sich am Hauptsitz der ORKB in St. Kitts. Ihre vordringlichste Aufgabe besteht in der Prüfung der Rechnungsführung der Bundesverwaltung. Die vier übrigen Mitarbeiter haben ihren Arbeitsplatz in der Zweigstelle der ORKB auf Nevis, welcher ein leitender Prüfer vorsteht. Ihre Aufgabe besteht in der Prüfung der Rechnungsführung der Verwaltung der Insel Nevis.

Prüfungszuständigkeit und Unabhängigkeit

Der ORKB-Leiter wird gemäß Paragraph 82 der Verfassung vom Generalgouverneur auf Empfehlung der Kommission für den öffentlichen Dienst ernannt. Der ORKB-Leiter kann aus Gründen der Unfähigkeit zur Amtsausübung oder wegen Fehlverhalten seines Amtes enthoben werden, jedoch nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen von Paragraph 82 der Verfassung. Es gibt zwar keine gesetzliche Beschränkung der Amtsdauer für die Position des ORKB-Leiters,

jedoch ist ein gesetzliches Ruhestandsalter von 55 Jahren vorgesehen.

Die Pflichten des ORKB-Leiters sind in der novellierten Gesetzgebung von St. Christopher und Nevis, Gesetz Nr. 8 über die Oberste Rechnungskontrollbehörde aus dem Jahr 1990 festgelegt. Die Verfassung sieht auch die Unabhängigkeit des ORKB-Leiters bei der Prüfung von und Berichterstattung über die Rechnungsführung des Bundes vor. Bei der Ausübung seiner Funktionen gemäß diesem Gesetz "unterliegt der Leiter der Obersten Rechnungskontrollbehörde weder der Kontrolle noch der Weisungspflicht durch irgendeine andere Person oder Behörde". Dennoch ist die ORKB nicht völlig unabhängig, da (1) Ernennungen, Gehälter, Beförderungen und Disziplinarwesen für das Personal in den Zuständigkeitsbereich der Kommission für den öffentlichen Dienst fallen, und (2) der Haushaltsplan der ORKB der Überprüfung durch die ausführende Regierungsgewalt unterliegt.

Prüfungsarbeit

Das Gesetz über die Oberste Rechnungskontrollbehörde ermächtigt den ORKB-Leiter, angemessene Untersuchungen und Befragungen öffentlicher Stellen durchzuführen, um seiner gemäß diesem Gesetz vorgeschriebenen Berichterstattungspflicht nachkommen zu können. Der ORKB-Leiter überprüft die vom Leiter des staatlichen Rechnungswesens vorgelegten jährlichen Rechnungsabschlüsse und gibt eine Stellungnahme dazu ab, ob die Rechnungsführung die finanzielle Lage und die Ergebnisrechnung des zentralen Haushaltsfonds des Staates für das Berichtsjahr richtig darstellt. Der ORKB-Leiter kann auch Untersuchungen von durch Gesetz gegründeter Körperschaften oder jedweder anderer aus öffentlichen Mitteln gespeisten Institutionen vornehmen.

Der ORKB-Leiter legt der Nationalversammlung einen Jahresbericht über die Arbeit der obersten Rechnungskontrollbehörde sowie die Ergebnisse der Überprüfung der Jahresabschlüsse vor. Er erstattet auch Bericht darüber, ob ihm alle zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Auskünfte, Berichte und Erklärungen zur Verfügung gestellt wurden. Er macht auf wichtige Fragen aufmerksam, die der Befassung durch die Nationalversammlung bedürfen. Solche Fragen umfassen jegliche Fälle, bei denen folgende Umstände festgestellt wurden:

(1) Rechnungsunterlagen und andere wichtige Unterlagen wurden nicht geführt, oder öffentliche Gelder wurden nicht in vollem Umfang abgerechnet oder wurden entgegen den gesetzlichen Bestimmungen nicht in den zentralen Haushaltsfonds des Staates einbezahlt.

(2) Die geltenden Vorschriften und Bestimmungen waren nicht ausreichend, die Sicherheit öffentlicher Gelder oder öffentlichen Besitzes zu gewährleisten; die Festlegung, Einhebung und bestimmungsgemäße Verwendung von Einnahmen wirkungsvoll zu kontrollieren; oder um sicherzustellen, daß Ausgaben nur widmungsgemäß und im Rahmen der geltenden Befugnisse getätigt wurden.

(3) Gelder wurden ohne gebührende Beachtung der Wirtschaftlichkeit ausgegeben. Dazu gehören Fälle, bei denen Ressourcen ohne ausreichender Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit angeschafft oder eingesetzt wurden oder in denen keine ausreichenden Verfahren festgelegt wurden, um die Wirksamkeit der Aktivitäten der staatlichen Verwaltung sicherzustellen und darüber Bericht zu erstatten.

Berichtswesen

Der ORKB-Leiter legt den Jahresbericht auf dem Umweg über den Finanzminister vor, welcher den Bericht dann offiziell der Nationalversammlung unterbreitet. Erfolgt eine solche Unterbreitung nicht, so übermittelt der ORKB-Leiter Exemplare des Berichts an den Präsidenten der Nationalversammlung, welcher diese dann der Nationalversammlung vorlegt.

Die Oberste Rechnungskontrollbehörde von St. Kitts und Nevis hat von der INTOSAI erstellte Richtlinien angenom-

men, um sie zusammen mit der Finanzordnung bei der Durchführung ihrer Prüfungsarbeit zur Anwendung zu bringen.

Aus- und Weiterbildung

Der größte Teil der Ausbildung erfolgt bei der Arbeit selbst. Die Mitarbeiter der ORKB haben auch die Möglichkeit, interne Schulungsmaßnahmen sowie einige externe Schulungsangebote durch die CAROSAI und andere regionale und internationale Behörden, wie etwa die ORKB der Vereinigten Staaten von Amerika, in Anspruch nehmen. Die staatliche Verwaltung stellt auch Mittel zur Ausbildung an der Universität der Westindischen Inseln sowie an anderen höheren Bildungseinrichtungen zur Verfügung.

Ausblick auf die Zukunft

Die mittelfristigen Ziele der ORKB von St. Kitts und Nevis sind (1) die Einführung von EDV in den Prüfungsablauf, (2) die Steigerung der Anzahl von Wirtschaftlichkeitsprüfungen, und (3) die Institutionalisierung der Mitarbeiterschulung.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Director of Audit, National Audit Office, Government Headquarters Complex, Church Street, Basseterre, St. Kitts und Nevis, Telefon: 869 465-2521 DW 1051, Fax: 869-446-8510. ■

Neuerscheinungen

Eingedenk der Veränderungen in der Arbeitsumgebung ist die ORKB von Kanada mit der Überarbeitung ihrer Handbücher zur Prüfungsmethodologie beschäftigt, um so den neuen Anforderungen verschiedener Produktlinien Rechnung zu tragen, die Vorteile der Leistungsfähigkeit elektronischer Hilfsmittel zu nutzen und die Nützlichkeit der Handbücher für deren Anwender zu verbessern. Es ist bereits ein neues Handbuch zur Wirtschaftlichkeitsprüfung erhältlich; zwei weitere Handbücher zum Thema der Durchführung einer jährlichen Prüfung sowie von Sonderuntersuchungen staatlicher Unternehmen befinden sich in Vorbereitung. Jedes Handbuch umfaßt funktionelle Anleitungen und Verfahren sowie elektronische Hilfsmittel.

Das Handbuch zur Wirtschaftlichkeitsprüfung ist rund um eine Reihe von Wirtschaftlichkeits-Richtlinien aufgebaut, denen Erwartungen für die Prüfungspraxis beigegeben sind. Es umfaßt Kapitel wie: Kontext von Wirtschaftlichkeitsprüfungen (allgemeine Richtlinien, Prüfungszuständigkeit, Rechenschaftspflicht, Zugang zu Informationen, Schlüsselfaktoren, Verhaltensrichtlinien), die grundlegenden Bestandteile einer Wirtschaftlichkeitsprüfung (Planungsprozeß und Prüfungsrichtlinien, Berichterstattungsrichtlinien, Richtlinien für Folgeprüfungen), Erwartungen für die Praxis und Qualitätsmanagement.

Das Handbuch zur Wirtschaftlichkeitsprüfung ist in englischer und französischer Sprache auf der Homepage der ORKB von Kanada <<http://www.oag-bvg.gc.ca>> unter der Rubrik "Publications and Reports" erhältlich. Ausgaben des Handbuchs auf Diskette oder auf Papier erhalten Sie direkt bei der ORKB von Kanada: **Office of the Auditor General of Canada, 240 Sparks Street, Ottawa K1A 0G6, Ontario, Kanada**; Fax: ++613-957-4023.

In Paris kam es zu einer engen Zusammenarbeit zwischen der Internationalen Handelskammer und der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie der Weltbank bei Projekten im Zusammenhang mit der Umsetzung neuer Verträge und Gesetze zur Korruptionsbekämpfung. Die Internationale Handelskammer hat einen Führer für Unternehmensleiter herausgegeben, der auch Kapitel zum Thema Rechnungsführungs- und Rechnungsprüfungsstrategien im Hinblick auf Korruptionsbekämpfung enthält.

Exemplare von *Fighting Bribery: A Corporate Practices Manual* sind erhältlich beim Business Bookstore auf der Internet-Homepage der Internationalen Handelskammer <<http://www.iccwbo.org>> oder direkt bei der Internationalen

Handelskammer: **ICC Publishing SA, 38 cours Albert 1er, 75008 Paris, Frankreich**; Telefon: ++33-1-4953-2823; Fax: ++33-1-4953-2924.

Das Institut für Innenrevision (IIA) hat seinen Bookstore-Katalog für das Jahr 1999, eine umfassende Liste von IIA-Referenzunterlagen herausgegeben, um so allen Praktiker wieder den neuesten Stand anbieten zu können. Diese Liste enthält Beschreibungen und Bestellinformationen zu Texten, Videos und Arbeitsbüchern des IIA zu Themen wie Risikomanagement/kontrolle, Betrug, Rechnungsprüfungsausschüsse und Governance, Prüfungs- und Managementfähigkeiten, Informationstechnologie sowie Richtlinien. Darüber hinaus werden auch nähere Informationen zur Bestellung der vor kurzem fertiggestellten Publikationen *Competency Framework for Internal Auditing* und *A Vision for the Future: Professional Practices Framework for Internal Auditing* geboten.

Um ein Exemplar des *Bookstore* zu erhalten oder andere Bestellungen zu tätigen, wenden Sie sich bitte an IIA online unter <<http://www.theiia.org>> oder über E-Mail an <iiapubs@phb.com>. Anfragen richten Sie bitte an **The Institute of Internal Auditors, 249 Maitland Avenue, Altamonte Springs, FL 32701-4201, USA**; Telefon: ++ 887-867-4957 oder Fax: +++770-442-9742.

Eine ganze Reihe von kürzlich erschienenen Publikationen von ORKBn bieten praktische Informationen und Anleitungen, die für die Leser dieser *Zeitschrift* von Interesse sein könnten.

Performance Auditing: Concept and Practice von Ram Babu Nepal stellt eine umfangreiche Erörterung der Begriffsbestimmung und des allgemeinen Rahmens für Wirtschaftlichkeitsprüfungen dar, ergänzt mit Auszügen aus einem breiten Spektrum von bereits früher veröffentlichten Artikeln über die Einführung und Anwendung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen. Exemplare dieses Buches sind erhältlich bei: **Office of the Auditor General, Barabar Mahal, Kathmandu, Nepal**; Fax: ++ 977-1-26-27-98, oder E-Mail: <oagnp@oagnp.mos.com.np>.

Als Ergänzung zur Hilfsmittelausstattung des Rechnungsprüfers stellt die ORKB von Pakistan zwei neue Broschüren vor: *Reporting Guidelines for Field Audit Offices* und *Audit of Missions Abroad*. Beide Texte bieten praktische Leitfäden, Checklisten und beispielhafte Arbeitsunterlagen, die leicht anzupassen und anzuwenden sind. Die ORKB bringt auch eine Zeitschrift mit dem Namen PERFORMIT heraus, die sich der

Förderung der Finanzkontrolle im öffentlichen Sektor ver-
schrieben hat. Exemplare der genannten Publikationen sind
erhältlich bei: **Office of the Auditor General, Audit House,
Constitution Avenue, Islamabad, Pakistan;** Telefon:
++92-51-9219163; Fax: ++92-51-9207924.

Zweimal jährlich veröffentlicht die Abteilung Technical
Cooperation among Developing Countries (TCDC) innerhalb
des United Nations Development Program (UNDP) eine Zeit-
schrift, die der kritischen Analyse und Erörterung von für die

südliche Hemisphäre wichtigen Fragen gewidmet ist. Die
Veröffentlichung mit den Titel COOPERATION SOUTH
beinhaltet Artikel und Interviews zu einem breiten Themen-
spektrum. Band 1 enthält einen Artikel über Staatsführung, in
dem Schlüsselfaktoren bei der Steigerung der Management-
qualität der öffentlichen Verwaltung, wie etwa die Forderung
nach Aufsichts- und Kontrollmechanismen erörtert werden.
Die in englischer, französischer und spanischer Sprache er-
hältliche Publikation COOPERATION SOUTH ist erhältlich
bei: **The Special Unit for TCDC, United Nations
Development Program, 1 United Nations Plaza, New York,
NY 10017, USA; Fax: ++212-906-6352. ■**

46. Tagung des Präsidiums der INTOSAI

Von 26. bis 28. Mai 1999 kamen Mitglieder des Präsidiums aus Antigua und Barbuda, Österreich, Kamerun, Kanada, Ägypten, Deutschland, Indien, Korea, Marokko, Norwegen, Peru, Portugal, Saudi-Arabien, Tonga, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten und aus Uruguay in Wien in Österreich zusammen. Ein Vertreter der Vereinten Nationen sowie Vorsitzende der Richtlinienkomitees und Arbeitsgruppen aus Frankreich, Ungarn, Mexiko, den Niederlanden und Schweden nahmen ebenfalls an der Tagung teil.

Eröffnung

Dr. Franz Fiedler, der Generalsekretär der INTOSAI und Präsident des österreichischen Rechnungshofes, hieß die Delegierten in Wien willkommen, wobei er den für die Tagungen des Präsidiums so charakteristischen Geist der Zusammenarbeit erwähnte, der für das Motto der INTOSAI "Experientia mutua omnibus prodest" beispielhaft und für den Erfolg der INTOSAI von allergrößter Bedeutung sei.

Bericht des Vorsitzenden

Der Vorsitzende der INTOSAI, General Guillermo Ramirez, Präsident des Rechnungshofes von Uruguay, nahm dieses Thema auf und fügte hinzu, daß die gute Zusammenarbeit großteils auf das Wirken von Dr. Fiedler und die harte Arbeit des Sekretariats in Wien zurückzuführen sei. Bei der offiziellen Eröffnung der Präsidialtagung begrüßte Ramirez ganz besonders zwei erst kürzlich ernannte Delegierte: Saskia Stuiveling, die neue Präsidentin des niederländischen Rechnungshofes, und Gregorio Guerrero, der Leiter der ORKB von Mexiko.

Unter Hinweis darauf, daß die letzte Tagung des Präsidiums weniger als ein Jahr zurückliege, begann der Vorsitzende seinen Bericht über die zahlreichen Aktivitäten der INTOSAI. Er wies darauf hin, daß – wenn es auch den Anschein haben möge, daß einmal im Jahr eine Aktivität der INTOSAI, wie etwa eine Präsidialtagung oder ein Kongreß, stattfindet – die INTOSAI in Wirklichkeit ständig aktiv sei. Die bei dieser Tagung vorgelegten Berichte würden die zahlreichen Leistungen und Errungenschaften des Generalsekretariats, der *Internationalen Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle*, der INTOSAI-Entwicklungsinitiative sowie der Richtlinienkomitees und Arbeitsgruppen widerspiegeln.

Als Gastgeber des XVI. INCOSAI betonte er, daß die Ausrichtung eines Kongresses nicht mit Abschluß der letzten Sitzung endet. Sein Team habe seit November am Kongreßbericht gearbeitet, der im Anschluß den Mitgliedern des Präsidiums vorgestellt wurde und in Kürze an alle ORKBn versandt werden wird. Die darin enthaltenen Texte und Fotos

bilden ein Protokoll des XVI. INCOSAI und beinhalten desgleichen die in der Deklaration von Montevideo erzielten Übereinkommen. Er fügte hinzu, daß der Kongreßbericht zusammen mit den beim XVI. INCOSAI zur Verteilung gelangten Dokumenten einen beständigen Fortschritt in der Arbeit der INTOSAI dokumentieren.

Der Vorsitzende führte weiter aus, daß ebenso wie ein Kongreß nicht mit der letzten Sitzung zu Ende geht, auch der nächste Kongreß schon lange vor seiner ersten Sitzung beginnt. Im Namen des Präsidiums verleiht er seinem Interesse Ausdruck, im Laufe der Tagung mehr über die Pläne für den in Seoul geplanten XVII. INCOSAI zu erfahren.

Mit seinem Lob für Dr. Fiedler und die Mitarbeiter des Generalsekretariats für deren harte Arbeit und zahlreiche Erfolge verband Ramirez auch den Hinweis auf die große Vielfalt, die innerhalb der INTOSAI herrscht. Die zahlreichen Erfolge der regionalen Arbeitsgruppen sowie der Komitees und Arbeitsgruppen der INTOSAI innerhalb dieser Vielfalt zeigten, daß es möglich sei, sehr unterschiedliche Gruppen zum Zwecke der Förderung und Vorantreibung wichtiger fachlicher Fragen zusammenzubringen. Abschließend verließ er seiner Hoffnung Ausdruck, daß die INTOSAI durch ihre vielen Programme und Aktivitäten zur Förderung des Wachstums der Mitglieds-ORKBn und zur weltweiten Stärkung der Rechenschaftspflicht ihre Erfolgsgeschichte fortsetzen möge.

Bericht des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden

Der Bericht des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums der INTOSAI, Tawfik Tawfik, des Leiters der Obersten Rechnungskontrollbehörde von Saudi-Arabien, bezog sich auf die jüngsten Leistungen und Errungenschaften der ASOSAI. Tawfik betonte die starken Bande des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit, die zwischen den 31 ORKBn, die der ASOSAI seit ihrer Gründung im Jahr 1978 beigetreten sind, entstanden seien. Die ASOSAI, die ein wichtiges Bindeglied zu anderen internationalen und regionalen Organisationen darstelle, könne stolz sein auf ihre Leistungen und Errungenschaften. Tawfik berichtete über jüngste Forschungsprojekte, Seminare und Veröffentlichungen. Abschließend verließ der zweite Vorsitzende des Präsidiums seinem besonderen Dank an die IDI und weitere Institutionen für deren Unterstützung der ASOSAI bei der Ausbildung von Mitarbeitern Ausdruck. Ohne fähige und gut ausgebildete Mitarbeiter könnten die ORKBn ihre Ziele nicht erreichen.

Bericht des Vertreters der Vereinten Nationen

Der Vertreter der Vereinten Nationen, Abdel Bouab, betonte in seinem Bericht, daß Transparenz und Rechenschaftspflicht auch weiterhin wichtige Themen im Rahmen der Vereinten Nationen darstellten. In einer Welt der Globalisierung,

der Entwicklung der Technologien, des Anwachsens der öffentlichen Ausgaben, der Zunahme demokratischer Regierungsformen und eines wachsenden Umweltbewußtseins sichern die Vereinten Nationen auch weiterhin zu, die Arbeit der ORKBn bei der Behandlung dieser Fragen zu unterstützen. Er wies auch darauf hin, daß in Zeiten raschen Wandels und der Reformierung staatlicher Verwaltungen die ORKBn sowohl ihre Arbeit als auch ihre Arbeitsweise einer ständigen Überprüfung unterziehen sollten und gleichzeitig auf die Ausbildung ihrer Mitarbeiter und eine angemessene technologische Ausstattung achten müßten, damit sie ihren Aufsichtspflichten nachkommen können. Seiner Meinung nach sei die Rolle einer ORKB von größter Bedeutung für die Sicherstellung der für eine wirtschaftlich und wirksam arbeitende staatliche Verwaltung unabdingbaren Transparenz. Darüber hinaus forderte er die ORKBn auf, bei ihrer Überprüfung von Systemen und Einrichtungen der staatlichen Verwaltung über die Aspekte der reinen Finanzkontrolle und Ordnungsmäßigkeit hinauszugehen.

Vorbereitungen für Seoul

Seung-hun Hahn, der Leiter der obersten Rechnungskontrollbehörde von Korea und erster stellvertretende Vorsitzender des Präsidiums der INTOSAI, berichtete über die Vorbereitungen für den XVII. INCOSAI. Im Anschluß daran legten die Mitglieder des Präsidiums die Themen für den Kongreß fest.

Hahn dankte allen Mitgliedern des Präsidiums für ihre Hilfe und Unterstützung und erläuterte wichtige Einzelheiten betreffend die Abhaltung des nächsten Kongresses und der nächsten Präsidialtagung.

- Der XVII. INCOSAI wird in der Zeit vom 21. bis 27. Oktober 2001 im Convention and Exhibition Center (COEX) des World Trade Center Seoul stattfinden. Dieser Tagungsort, der im Juni 2000 eröffnet werden soll, wird dem neuesten Stand der Technik für Kongreßveranstaltungen entsprechen.
- Es werden Vorreservierungen für die Unterbringung im Hotel Shilla und im Hotel Intercontinental vorgenommen, um die Verfügbarkeit von Hotelzimmern in der Nähe des COEX während der Dauer des Kongressessicherzustellen.
- Die 47. Tagung des Präsidiums der INTOSAI wird in der Zeit vom 23. bis 25. Mai 2000 im Hotel Shilla stattfinden.

Ablaufplan für den XVII. INCOSAI

Hahn stellte einen vorläufigen Ablaufplan für den Kongreß vor, der nach Erörterung die Zustimmung des Präsidiums fand. Das Programm sieht einen Zeitrahmen für vor dem Kongreß stattfindende Treffen der Richtlinienkomitees und Arbeitsgruppen, der IDI (21. Oktober), der Verantwortlichen für die Themen des XVII. INCOSAI (22. Oktober) sowie für die 48. Tagung des Präsidiums der INTOSAI vor. Am Abend des 22. Oktober wird das offizielle Kongreßprogramm mit

Eröffnungsfeierlichkeiten und einem Empfang seinen Anfang nehmen. In der Zeit vom 23. bis 27. Oktober werden im COEX die Plenar- und Erörterungssitzungen stattfinden. Im Laufe der Woche ist auch Zeit für die Treffen der regionalen Arbeitsgruppen vorgesehen. Die Kongreßwoche wird mit der 48. Tagung des Präsidiums der INTOSAI und dem Abschlußessen am 27. Oktober ihren Abschluß finden. Im Laufe der Woche werden Begleitpersonen und Delegierte bei einer Vielzahl von Veranstaltungen Gelegenheit haben, mehr über das Volk, die Geschichte und Kultur der Republik Korea zu erfahren.

Abschließend ersuchte Hahn die Mitglieder des Präsidiums um ihre weitere Unterstützung und Zusammenarbeit, woraufhin Ramirez für das Präsidium der ORKB von Korea den Willen zur Zusammenarbeit zusicherte, mit dem Ziel, daß dem XVII. INCOSAI ein großer Erfolg beschieden sein möge.

Themen des XVII. INCOSAI

Im weiteren Verlauf der Tagung legten die Mitglieder des Präsidiums die Themen für den Kongreß von Seoul sowie die Hauptverantwortlichen für diese Themen fest. Thema I befaßt sich mit der Rolle der ORKBn bei der Überprüfung internationaler und supranationaler Einrichtungen; Norwegen wird den Vorsitz/die Berichterstatteposition übernehmen, Uruguay den stellvertretenden Vorsitz. Die Vereinigten Staaten werden den Vorsitz bei Thema II führen, einem breiter gefaßten Thema, das sich mit dem Beitrag der Obersten Rechnungskontrollbehörde zur Verwaltungsreform befaßt und in zwei Unterthemen aufgegliedert wird. Für Unterthema IIA, die Rolle der Obersten Rechnungskontrollbehörde bei der Planung und Umsetzung von Verwaltungsreformen, wird Deutschland als Berichterstatter und Indien als stellvertretender Vorsitzender fungieren. Bei Unterthema IIB, die Rolle der Obersten Rechnungskontrollbehörde bei der Prüfung von Verwaltungsreformen werden Österreich und Ungarn als Berichterstatter und stellvertretender Vorsitzender fungieren. Anfang 2000 werden den ORKBn Exemplare der von den Berichterstattern erstellten Hauptthemenpapiere zugehen sowie die Aufforderung, Länderpapiere vorzulegen, die dann als Grundlage für die Erörterungen beim XVII. INCOSAI dienen sollen.

Berichte über die Aktivitäten der INTOSAI

Ein erheblicher Teil jeder Präsidialtagung ist dem Rückblick auf die Aktivitäten und Programme der INTOSAI im vorangegangenen Jahr gewidmet.

Bericht des Generalsekretärs

Der erste Teil des Berichtes von Dr. Fiedler behandelte die seit der 45. Tagung des Präsidiums am 14. November 1998 in Montevideo durchgeführten Aktivitäten. Die Hauptarbeit des Sekretariat bestand darin:

- Kanada bei der Umsetzung des Beschlusses des Präsidiums zur Einrichtung einer Task force für die Unabhängigkeit von Obersten Rechnungskontrollbehörden zu unterstützen;

- die beiden zur allfälligen Überarbeitung des bestehenden Kongreßhandbuches sowie einer allfälligen Aktualisierung des bestehenden Handbuches für Komitees der INTOSAI eingerichteten Spezialgruppen logistisch zu unterstützen;
- von den ORKBn Informationen einzuholen, die als Grundlage für die Erörterung der Themen für den XVII. INCOSAI dienen sollen, und
- in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen das 14.UN/INTOSAI Seminar vorzubereiten.

Betreffend die Vorbereitung des UN/INTOSAI Seminars teilte Dr. Fiedler mit, daß das Treffen in der Zeit vom 27. bis 31. März 2000 in Wien zum Thema "Die Prüfung des staatlichen Gesundheitswesens durch Oberste Rechnungskontrollbehörden" stattfinden werde. Die Auswahl der Teilnehmer werde wie bisher in Zusammenarbeit mit den regionalen Arbeitsgruppen der INTOSAI erfolgen. Der Generalsekretär wird an die Mitglieder der INTOSAI appellieren, Vortragende für das Seminar abzustellen.

Als Vertreter der INTOSAI nahm das Sekretariat an den folgenden Veranstaltungen teil:

- Vice President's Conference on Fighting Corruption and Safeguarding Integrity Among Justice and Security Officials (Washington, D.C., Vereinigte Staaten, 24. bis 26. Februar 1999),
- SIGMA Training and Information Seminar for the National Audit Office of Bulgaria (Sofia, Bulgarien, 22. bis 24. März 1999), sowie
- UNDESA/UNDP Regional Conference, "Decentralization: Conditions for Success" (Yerevan, Armenien, 26. bis 29. April 1999).

Zum Thema Budget und Finanzangelegenheiten stellte Dr. Fiedler fest, daß

- im ersten Quartal die Daten für das Budget 1999 keine erheblichen Abweichungen vom Haushaltsansatz aufweisen und daher zum Ende des ersten Quartals keine Anpassungen erforderlich gewesen sei;
- der Jahresabschluß 1998 von den Rechnungsprüfern der INTOSAI (die ORKBn von Finnland und Südafrika) geprüft und von diesen ein uneingeschränkter Prüfungsvermerk abgegeben worden seien.

Der Generalsekretär berichtete weiters, daß die INTOSAI derzeit 179 Mitglieder zähle, von denen die meisten auch in einer der regionalen Arbeitsgruppen der INTOSAI vertreten seien. Dr. Fiedler erinnerte daran, daß im Einklang mit dem traditionellen System der Rotation der Veranstaltungsorte für den INTOSAI-Kongreß unter den Regionalgruppen sich die 45. Tagung des Präsidium dafür ausgesprochen habe, daß eine europäische ORKB den für 2004 geplanten XVIII. INCOSAI ausrichten solle. Das Präsidium der EUROSAI habe bei seiner Tagung im Februar 1999 diese Frage erörtert und beschlossen,

Ungarn als Gastgeber für den Kongreß im Jahr 2004 zu nominieren.

Bericht über die Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle

David Walker, der Leiter der ORKB der Vereinigten Staaten, legte den Bericht über die *Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle* für das Jahr 1998 vor und verwies auf den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk, den PricewaterhouseCoopers für den Jahresabschluß der *Zeitschrift* für das Jahr 1998 abgegeben hatten. Er dankte in diesem Zusammenhang den ORKBn von Österreich, Kanada, Tunesien und Venezuela für die Unterstützung bei der Anfertigung von Übersetzungen, aufgrund derer es möglich sei, die gesunde finanzielle Lage der *Zeitschrift* aufrechtzuerhalten. In seinem Bericht über die Arbeit der Zeitschrift zur Unterstützung der Ziele der INTOSAI, nämlich der Stärkung der Kommunikation und des Wissensaustausches unter den Mitgliedern, verwies Walker auch auf die jüngsten Vorhaben der Zeitschrift, neue Produkte herauszugeben, wie etwa die Broschüre "INTOSAI – ein Überblick" und das Mitgliederverzeichnis, sowie wichtige Dokumente wieder zu veröffentlichen, wie zum Beispiel die Deklaration von Lima. Abschließend versicherte er, daß die Zeitschrift sich weiter darum bemühen werde, die Kommunikation und Koordination unter den Mitgliedern und Komitees und Arbeitsgruppen zu fördern, und forderte in diesem Zusammenhang die Mitglieder der INTOSAI auf, Leitartikel, Artikel und Kurzmitteilungen zum Abdruck in künftigen Ausgaben der *Zeitschrift* zur Verfügung zu stellen.

Bericht über die INTOSAI Entwicklungsinitiative (IDI)

Denis Desautels, der Leiter der ORKB von Kanada, Bjarne Mork-Eidem, Leiter der ORKB von Norwegen, und Stuiveling legten Berichte über die INTOSAI Entwicklungsinitiative (IDI) vor.

Desautels berichtete über die im Jahr 1998 und im ersten Quartal 1999 abgelaufenen Aktivitäten der IDI sowie über die für den Rest des Jahres 1999 geplanten Programme. Er verwies auf die großen Fortschritte, die bei der Umsetzung des 1997 mit dem Ziel, die Infrastruktur für die Aus- und Weiterbildung in jeder INTOSAI-Region zu stärken, in Angriff genommenen "Long Term Regional Training Program" (LTRTP) erzielt worden seien. Im Rahmen der ASOSAI und bei den englischsprachigen ORKBn im Rahmen der AFROSAI näherte sich das Vorhaben bereits seiner Fertigstellung; die in Ausbildung befindlichen Ausbilder haben bereits neue Schulungsprogramme für ihre jeweiligen Regionen entworfen, entwickelt und erarbeitet. Jede der regionalen Gruppen mache Fortschritte, und Desautels wies darauf hin, daß das LTRTP bis zum Übergang des IDI-Sekretariats von Kanada nach Norwegen im Jahr 2001 abgeschlossen sein sollte. Im Zusammenhang mit seinem Bericht über den Jahresabschluß der IDI sprach Desautels den Regierungen von Dänemark, Norwegen und Schweden seinen besonderen Dank für ihre Unterstützung der Programme der OLACEFS aus sowie der Regierung von Kanada und der Weltbank für ihre laufende Unterstützung.

Gleichzeitig erwähnte er, daß die IDI ihre Bemühungen fortsetze, die Finanzierung der Fertigstellung des LTRTP im Rahmen der CAROSAI sicherzustellen.

Desautels berichtete weiters über die Fortschritte bei der Einsetzung von "Satellitenprogrammen". Die "satellite"-Partnerschaften fördern die Zusammenarbeit zwischen den ORKBn und den regionalen Gruppen bei der Umsetzung des LTRTP sowie bei der Beistellung von fachlicher Hilfestellung und Unterstützung bei der Beschaffung von Finanzmitteln zur Sicherung der Nachhaltigkeit regionaler Schulungspläne. Es laufen bereits Gespräche über die Einrichtung solcher Zusammenarbeitsvereinbarungen zwischen der ORKB von Kanada und den französischsprachigen Mitgliedern der AFROSAL, zwischen Neuseeland und der SPASAI, sowie zwischen Japan und der ASOSAI. Als Beispiel für die mit Hilfe solcher Partnerschaften zu erzielenden Erfolge berichtete Stuiveling über die Zusammenarbeit zwischen den Niederlanden und den englischsprachigen ORKBn der AFROSAL. Die Hauptverantwortung für das Programm werde von den afrikanischen ORKBn getragen, die ORKB der Niederlande stelle die technische Unterstützung, und die niederländische Regierung leiste finanzielle Unterstützung. Ein Einführungskurs zum Thema Wirtschaftlichkeitsprüfung werde in Äthiopien abgehalten, die Abhaltung eines weiteren zum Thema Haushalts- und Wirtschaftsführung in Südafrika sei geplant. Stuiveling unterstrich, daß für die Programme lokale Ausbilder herangezogen werden und ein Schwerpunkt in der Ausbildung auf Informationsaustausch liege, zu welchem Zweck auch besonderes Augenmerk auf die Einrichtung von Internet-Anschlüssen gelegt werde. Im Jahr 2001 werde eine Auswertung dieses Pilotvorhabens durchgeführt. In diesem Zusammenhang verlieh Stuiveling ihrer Hoffnung Ausdruck, daß dies zu einer Ausweitung des Programmes führen werde.

Mork-Eidem berichtete über den Übergang des IDI-Sekretariats von der kanadischen auf die norwegische ORKB. Er brachte Exemplare des dem norwegischen Parlament vorgelegten Entwurfes zur Verteilung und merkte in diesem Zusammenhang an, daß die rechtlichen Erfordernisse zur Errichtung der IDI im Rahmen der norwegischen Gesetzgebung bereits erfüllt seien, wobei die Finanzierung aus Mittel der norwegischen Entwicklungshilfe bereits sichergestellt sei. Die wichtigsten Mitarbeiter werden im Juni 1999 ihre Arbeit aufnehmen. Um einen ordnungsgemäßen Übergang zu gewährleisten, werden die norwegischen und kanadischen Mitarbeiter Seite an Seite mit der Entwicklung des neuen Sekretariats beginnen und eine neue Strategieplanung erarbeiten. Mork-Eidem und Desautels stimmten darin überein, daß die Planung des Übergangs sehr erfolgreich verlaufen sei und nahtlos in die Durchführungsphase übergegangen sei.

Im Namen des Präsidiums und aller Mitglieder der INTOSAI dankte der Vorsitzende des Präsidiums, Ramirez, Kanada für seinen hervorragenden Beitrag zur Arbeit der IDI, sprach Norwegen seine Gratulation für dessen großartige Leistung zur Gewährleistung eines reibungslosen Übergangs aus und bedankte sich bei den Niederlanden für den Bericht, der einen möglichen Weg in die Zukunft weise.

Berichte der Richtlinienkomitees und Arbeitsgruppen

Obwohl seit der letzten Tagung des Präsidiums nur sechs Monate vergangen waren, legte jedes Richtlinienkomitee und jede Arbeitsgruppe eine Zusammenfassung ihrer seit November 1998 durchgeführten Aktivitäten vor und erläuterte Vorhaben, die sich gegenwärtig in der Planungs- oder Ausführungsphase befinden. Die Schwerpunkte dieser Berichte sind im Kasten auf Seite 28 zusammengefaßt.

Sonderberichte

Bei der 45. Tagung des Präsidiums der INTOSAI waren verschiedene Fragen aufgeworfen sowie einige Sondervorhaben oder Studien in die Wege geleitet worden. In Wien wurden dem Präsidium Sonderberichte zu jedem dieser Bereiche vorgelegt.

Wiederwählbarkeit von Mitgliedern des Präsidiums

In Montevideo wurde betreffend die Statuten der INTOSAI die Frage laut, ob die Wiederwahl von Mitgliedern des Präsidiumserlaubt sei. Der Generalsekretär wurde damit beauftragt, sich mit dieser Frage näher zu befassen. Dr. Fiedler legte einen umfassenden Bericht über die Nachforschungen des Sekretariats zu diesem Thema vor. Die Überprüfung der Statuten, einschließlich eines Vergleichs mit den Statuten einiger Regionalgruppen, eine Untersuchung der anlässlich der Verabschiedung der heute geltenden Statuten im Jahr 1992 angewandten Übergangsbestimmungen sowie eine Bewertung der in der Vergangenheit geübten Praxis führten den Generalsekretär zur Schlußfolgerung, daß unter Berücksichtigung aller systematischen und historischen Analysen die Statuten der INTOSAI keinerlei Bestimmung enthalten, die einer Wiederwahl eines Mitglieds des Präsidiums entgegenstünden.

Nach einer ausführlichen Erörterung dieses Themas, im Zuge derer einige Unterschiede in den übersetzten Versionen der Statuten zutage traten, nahm das Präsidium den Bericht und die Schlußfolgerung des Generalsekretärs zur Kenntnis. Es wurde jedoch vereinbart, die Übersetzungen der Statuten einer neuerlichen Überprüfung zu unterziehen und gegebenenfalls zu aktualisieren, damit sie den Sprachduktus und den "Geist" des englischen Originaltextes widerspiegeln.

Überarbeitung der Handbücher

Im November wurden zwei Spezialgruppen zur allfälligen Überarbeitung des bestehenden Kongreßhandbuches sowie einer allfälligen Aktualisierung des bestehenden Handbuches für Komitees der INTOSAI eingerichtet. Bei Treffen vor und nach der Präsidialtagung in Wien hatte jede Gruppe Gelegenheit, Arbeits- und Terminpläne zu erarbeiten. Österreich, Ägypten, Korea, die Vereinigten Staaten und Uruguay befassten sich mit der Überarbeitung des Kongreßhandbuchs. Die Vorsitzenden der Richtlinienkomitees und Arbeitsgruppen (Frankreich, Ungarn, Indien, Mexiko, die Niederlande, Schweden, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten

Staaten) werden sich mit dem Handbuch für Komitees der INTOSAI beschäftigen. Die Vereinigten Staaten und Indien übernehmen den Vorsitz in den beiden Gruppen, die ihren Aufgaben größtenteils auf elektronischem Wege und durch die Veröffentlichung von Berichten über ihre Fortschritte bis zur 47. Tagung des Präsidiums nachkommen werden.

Unabhängigkeit der Obersten Rechnungskontrollbehörden

Desautels berichtete über die Fortschritte des Vorhabens betreffend die Unabhängigkeit der ORKBn. Die Task force hielt unmittelbar nach Abschluß der Präsidialtagung eine Planungssitzung ab. Die Task force setzt sich aus den Vertretern aller regionalen Arbeitsgruppen im Präsidium (Antigua und Barbuda, Kamerun, Ägypten, Portugal, Saudi-Arabien, Tonga, Uruguay) sowie dem Generalsekretariat zusammen. Der Vorsitzende kündigte den Entwurf eines endgültigen Berichtes der Task force bereits anlässlich der 47. Tagung des Präsidiums im Jahr 2000 in Seoul an. Die Mitglieder der Task force begutachteten den Entwurf einer Umfrage, die in Kürze an die ORKBn verteilt werden soll, und erörterten inhaltliche Fragen dazu sowie die zur Informationssammlung und -verarbeitung einzusetzenden Verfahren. Desautels unterstrich, daß für die Umfrage eine kurze Umlaufzeit erforderlich sei, da der Task force ein enger Terminrahmen für die Berichterstattung vorgegeben sei. Der Fragebogen werde nicht an die

Mitglieder der EUROSAT verteilt, da diese vor kurzem erst ein ähnliches Vorhaben abgeschlossen haben. Der Vorsitzende der Task force kündigte seine Teilnahme und die von Yvan Gaudette beim Kongreß der EUROSAT in Paris an, um bei diesem Anlaß mehr über die Arbeit der EUROSAT zu diesem Thema zu erfahren. Einige Mitglieder der Task force erklärten sich auch bereit, die Übersetzung des Fragebogens und des Projektberichtes in die Amtssprachen der INTOSAT vorzunehmen: Österreich (Deutsch), Saudi-Arabien (Arabisch), Uruguay (Spanisch) und Kanada (Französisch). Als Arbeitssprache der Task force wird Englisch dienen.

Schlußbemerkungen

Zum Abschluß der 46. Tagung des Präsidiums der INTOSAT sprachen sowohl Hahn als auch der Vorsitzende des Präsidiums, General Ramirez; dem Generalsekretär und seinen Mitarbeitern in Wien ihren Dank für deren Gastfreundschaft und für die vorzügliche Organisation der Tagung aus. Hahn bat das Präsidium um weitere Unterstützung und dankte den Themenverantwortlichen dafür, daß sie diese Aufgabe für den XVII. INCOSAT übernommen hatten. Der Vorsitzende stellte abschließend fest, daß der Weg zu einem erfolgreichen Kongreß in Seoul im Jahr 2001 bereits eingeschlagen sei und daß auch das Präsidium diesen Weg mitbeschreite, um den Erfolg des Kongresses sicherzustellen.

Schwerpunkte der Arbeit der Komitees und Arbeitsgruppen

Im Laufe der Tagung des Präsidiums berichteten die Vorsitzenden der Komitees und Arbeitsgruppen der INTOSAT über die von ihnen geplanten Vorhaben im Lauf der nächsten drei Jahre und gaben die Termine für bereits geplante Arbeitstreffen bekannt.

Komitee für die Richtlinien der Finanzkontrolle (Schweden): Umstrukturierung der Richtlinien für die Finanzkontrolle mit dem Ziel der Gewährleistung von Konsistenz und der Vermeidung von Mehrdeutigkeit mit anderen INTOSAT-Produkten sowie der Erleichterung der Überarbeitung von Dokumenten (der erste Entwurf soll den Mitgliedern im August 1999 zugehen); Entwicklung eines Leitfadens für die Umsetzung der Richtlinien für die Finanzkontrolle (der erste Entwurf soll bis zum April 2000 in Umlauf gebracht werden); Tagung des Komitees in London im Januar 2000.

Komitee für das Rechnungswesen (USA): Neudruck und Verteilung des 1995 und 1998 verabschiedeten "Framework" und "Implementation Guide"; Erarbeitung eines Leitfadens für die Analyse und Erläuterung von Finanzerfolg und Programmerrücklagen; Stellungnahmen zu den von der International Federation of Accountants (IFAC) versandten Umlaufentwürfen; Treffen geplant für Mai/Juni 2000.

Komitee für die interne Kontrolle (Ungarn): Abhaltung einer Konferenz über interne Kontrolle im Mai 2000; Überarbeitung der 1992 verabschiedeten INTOSAT-Richtlinien für die interne Kontrolle; Veröffentlichung einer Broschüre für Manager, welche die internen Kontrollmechanismen und die entsprechenden Verantwortlichkeiten erläutert; Treffen des Subkomitees in der Zeit vom 28. bis 30. Juni 1999.

Komitee für die EDV-Prüfung (Indien): Zusammenarbeit mit den Komitees für die Richtlinien der Finanzkontrolle und für das Rechnungswesen; Unterstützung der ORKBn beim Zugang zu fachlich kompetenter Unterstützung und Ressourcen im EDV-Bereich; Veröffentlichung von *InfoIT* und Informationsverbreitung über das Internet; Erarbeitung eines Leitfadens zu den Themen "Erkennen und Verhindern von Betrug im EDV-Bereich" und "Sicherheit von EDV-gestützten Kommunikationssystemen"; das Treffen des Komitees wird in der Zeit vom 7. bis 8. Oktober 1999 von Simbabwe ausgerichtet.

Umweltprüfung (Niederlande): Entwurf eines Leitfadens zur Durchführung von Prüfungen von umweltrelevanten Aktivitäten; Bestrebungen zur "Regionalisierung" der Aktivitäten der Arbeitsgruppe; eine Konferenz soll im Juni 1999 in den Niederlanden; ein Treffen der Arbeitsgruppe im April oder Mai 2000 in Südafrika stattfinden.

Privatisierung (Vereinigtes Königreich): Überwachung der Wirksamkeit der verabschiedeten Richtlinien für das beste Vorgehen bei der Prüfung von Privatisierungen; Erwägung der Möglichkeit der Entwicklung von Richtlinien für die Prüfung staatlicher und privater Finanzierung sowie Konzessionsfinanzierung; Fortsetzung der Analyse eines Leitfadens für die Prüfung der wirtschaftlichen Regulierung sowie von Fragen im Zusammenhang mit der Ausweitung des Tätigkeitsbereichs der Arbeitsgruppe; ein Treffen ist für die Zeit von 5. bis 6. Oktober 1999 in Warschau angesetzt.

Staatsschulden (Mexiko): Fertigstellung und Verteilung der beim XVI. INCOSAI erörterten und approbierten Richtlinien (Guidance for Planning and Conducting an Audit of Internal Controls of Public Debt sowie Guidance on the Reporting of Public Debt); Erstellung einer Internet-Website; Erarbeitung eines neuen Leitfadens zum Thema Eventualverbindlichkeiten und staatliche Verpflichtungen sowie Fertigstellung einer Studie über die Art und Weise, wie die ORKBn zur Sensibilisierung betreffend die Beziehung zwischen Steuerpolitik und Management der Staatsschulden beitragen können; ein Treffen des Komitees soll in der Zeit vom 11. bis 12. November 1999 in Mexiko City stattfinden.

Programmevaluierung (Frankreich): Fortsetzung der Sammlung, Analyse und Berichterstattung über Entwicklungen im Bereich der Methodologie anhand von Fallstudien und Beispielen; Untersuchung der Beziehung zwischen Evaluierung und Informationssystemen; Zusammenarbeit mit dem Komitee für die interne Kontrolle; weitere Analyse des Einsatzes des Internets zur Informationsverbreitung; Planung der Aussendung eines Fragebogens bis November 1999.

E-Mail-Adressen der ORKBn

In Unterstützung der Kommunikationsstrategie der INTOSAI werden in jeder Ausgabe der *Zeitschrift* die E-Mail/Internet-Adressen von ORKBn, INTOSAI-Programmen und verwandten berufständischen Organisationen veröffentlicht. Ebenso werden die Home-Page-Adressen im World Wide Web (www) aufgelistet. Die ORKBn werden ersucht, die *Zeitschrift* so schnell wie möglich über die Ausstattung mit derartigen Adressen zu benachrichtigen.

INTOSAI Generalsekretariat:

<intosai@rechnungshof.gv.at>;

<<http://www.intosai.org>>

Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle:

<chases@gao.gov>

INTOSAI Entwicklungsinitiative: <IDI@oag-bvg.gc.ca>

INTOSAI Komitee für EDV-Prüfung:

<cag@giasd101.vsnl.net.in> und

<www.open.gov.uk/nao/intosai_edp/home.htm>

INTOSAI Arbeitsgruppe für Umweltprüfung:

<<http://www.rekenkamer.nl/ea>>

INTOSAI Arbeitsgruppe für Privatisierung:

<<http://www.open.gov.uk/nao/intosai/home.htm>>

ASOSAI: <asosai@ca.mbn.or.jp>

EUROSAI: <eurosai@tsai.es>; <<http://www.eurosai.org>>

OLACEFS: <caso@condor.gob.pe>

SPASAI: <steveb@oag.govt.nz>

ORKB von Albanien: <klsh@albaniaonline.net>;

<mkercku@albaniaonline.net>;

<<http://pages.albaniaonline.net/klsh>>

ORKB von Argentinien: <llaver@agn.gov.ar>;

<<http://eldjazair.net.dz/compte/>>

ORKB von Argentinien: <llaver@agn.gov.ar>;

<<http://www.agn.gov.ar>>

ORKB von Armenien: <vpall@parliament.am>

ORKB von Australien: <ag1@anao.gov.au>;

<<http://www.anao.gov.au>>

ORKB von Bangladesch: <saibd@citechco.net>

ORKB von Belgien: <webmaster@ccrek.be>;

<<http://www.ccrek.be>>; <<http://www.rekenhof.be>>;

<<http://www.courdescomptes.be>>

ORKB von Bolivien: <cgr@ceibo.entelnet.bo>

ORKB von Brasilien: <arint@tcu.gov.br>;

<<http://www.tcu.gov.br>>

ORKB von Chile: <aylwin@contraloria.cl>;

<<http://www.contraloria.cl>>

ORKB von China: <cnao@public.east.cn.net>

ORKB von Costa Rica: <inforcgr@cgr.go.cr>;

<<http://www.cgr.go.cr>>

ORKB von Dänemark:

<rigsrevisionen@rigsrevisionen.dk>;

<<http://www.rigsrevisionen.dk>>

ORKB von Deutschland: <pr.int@brh.bund400.de>;

<<http://www.bundesrechnungshof.de>>

ORKB von Mazedonien: <finpolic@mt.net.mk>

ORKB von Ecuador:

<mpacheco@uio.conam-pertal.gov.ec>

ORKB von El Salvador: <cdr@es.con.sv>

ORKB von Estland: <riigikontroll@sao.ee>;

<<http://www.sao.ee>>

ORKB von Fidschi: <mjacobs@auditorgeneral.gov.fj>

ORKB von Finnland: <kirjaamo@vtv.fi>;

<tapiu.leskinen@vtv.fi>; <liisa.koivunen@vtv.fi>;

<<http://www.vtv.fi>>

ORKB von Georgien: <chamber@access.sanet.ge>

ORKB von Grenada: <audit@caribsurf.com>

ORKB von Guyana: <goolsarran@yahoo.com>

ORKB von Haiti: <lenouvelliste@acn2.net>;

<<http://www.haiticscca.net>>

ORKB von Indien: <secycag@cag.delhi.nic.in>;

<cag@nda.vsnl.net.in>

ORKB von Indonesien: <ketua@bpk.go.id>;

<<http://www.bpk.go.id>>

ORKB von Israel: <rothyosh@netvision.net.il>

ORKB von Japan: <asosai@ca.mbn.or.jp>;

<kys00366@niftyserve.or.jp>;

<<http://www.jbaudit.admix.go.jp/engl/>>;

<<http://www.jbaudit.admix.go.jp/asosai/index.htm>>

ORKB von Jemen: <coca@y.net.ye>

ORKB von Jordanien: <Audit.b@nic.net.jo>;

<<http://www.audit-bureau.gov.jo>>

ORKB von Kanada: <desautld@oag-bvg.gc.ca>;

<idi@oag-bvg.gc.ca>; <<http://www.oag-bvg.gc.ca>>

ORKB von Katar: <qsab@qatar.net.qa>;

ORKB von Kirgisistan: <whl@mail.elcat.kg>

ORKB von Kolumbien: <jzubieta@contraloriagen.gov.co>;

<<http://www.contraloriagen.gov.co/>>

ORKB von Korea (Republik): <gsw290@nownuri.net>;

<gsw290@blue.nowcom.co.kr>;

<<http://www.bai.go.kr>>

ORKB von Kroatien:<dur@zg.tel.hr>;
<http://www.croadria.com>

ORKB von Kuwait:<fawziaa@audit.kuwait.net>;
<training@sabq8.org>;<http://www.audit.kuwait.net>

ORKB von Laos (Demokratische Volksrepublik):
<darathboupha@laogov.net>

ORKB von Lettland:<lrvk@lrvk.gov.lv>;
<http://www.lrvk.gov.lv>

ORKB von Libanon:<President@coa.gov.lb>

ORKB von Litauen:<lrvk@vkontrolė.lt>;
<http://www.vkontrolė.lt>

ORKB von Luxemburg:<chaco@pt.lu>

ORKB von Malaysia:<jbaudit@audit.gov.my>;
<kan@audit.gov.my>

ORKB von Mali:<papa.toyo@datatech.toolnet.org>;
<f.traore@datatech.toolnet.org>

ORKB von Malta:<joseph.g.galea@magnet.mt>;
<nao.malta@magnet.mt>

ORKB der Marshallinseln :<tonyokwe@ntamar.com>

ORKB von Mauretanien:<c.comptes@mauretania.mr>

ORKB von Mauritius:<auditdep@bow.intnet.mu>

ORKB von Mexiko:<cmhasesor@mexis.com>

ORKB von Nepal:<oagnp@mail.com.np>

ORKB von Neuseeland:<oag@oag.govt.nz>;
<http://www.oag.govt.nz>

ORKB von Nicaragua:<continf@ibw.com.ni>

ORKB von Niederlande:<bjz@rekenkamer.nl>;
<http://www.rekenkamer.nl>

ORKB von Norwegen:<riksrevisjonen@riksrevisjonen.no>

ORKB von Oman:<sages@gto.net.om>;
<http://www.sgsa.com/index.htm>

ORKB von Pakistan:<saipak@comsats.net.pk>

ORKB von Palau:<palau.public.auditor@palaunet.com>

ORKB von Paraguay:<ast-cgr@sce.cnc.una.py>

ORKB von Peru:<caso@condor.gob.pe>;
<http://ekeko.rcp.net.pe/CONTRALORIA/>

ORKB von Philippinen:<catli@pacific.net.ph>

ORKB von Polen:<nik@nik.gov.pl>;
<http://www.nik.gov.pl>

ORKB von Portugal:<dg@tcontas.pt>;
<http://www.tcontas.pt>

ORKB von Puerto Rico:<ocpr@coqui.net>;
<http://www.ocpr.gov.pr>

ORKB von Rumänien:<rei@rcc.pcnet.ro>

ORKB von Russische Föderation:<sjul@gov.ru>

ORKB von Sambia:<auditorg@zamnet.zm>

ORKB von Schweden:<int@rrv.se>

ORKB der Schweiz:<sekretariat@efk.admin.ch>

ORKB von Slowakei:<julius@controll.gov.sk>

ORKB von Slowenien:<vojko.antonic@rs-rs.si>

ORKB von Spanien:<tribunalcta@bitmailer.net>

ORKB von St. Lucia:<govtaudit@candw.lc>

ORKB von Südafrika:<auditgen@agsa.co.za>

ORKB von Thailand:<oat@vayu.mof.go.th>

ORKB der Tschechischen Republik:
<lubomir.volenik@nku.cz >

ORKB von Tunesien:<emna.aouij@email.ati.tn>

ORKB der Türkei:<saybsk3@turnet.net.tr>;
<sstay.disiliskiler@sayistay.gov.tr>; <cgurer@hotmail>

ORKB der Ukraine:<rp@core.ac-rada.gov.ua>

ORKB von Ungarn:<kovacs@asz.gov.hu>;
<http://www.asz.gov.hu>; <http://www.asz.hu>

ORKB von Uruguay:<tribinc@adinet.com.uy>;
<http://www.tcr.gub.uy>

ORKB der Vereinigten Arabischen
Emirate:<saiuae@emirates.net.ae>

ORKB der Vereinigten Staaten von Amerika:
<oil@gao.gov>;<http://www.gao.gov>

ORKB des Vereinigten Königreichs: <nao@gtnet.gov.uk>;
<http://www.open.gov.uk/nao/home.htm>

ORKB von Zypern:<cao@cytanet.com.cy>

Canadian Comprehensive Auditing Foundation:
<http://www.ccaf-fevi.com>

Europäischer Rechnungshof: <euraud@eca.eu.int> und
<http://www.eca.eu.int>

Institute of Internal Auditors: iia@theiia.org und
<http://ww.theiia.org>

Internationales Konsortium für Staatliche Haushalts- und
Wirtschaftsführung: <http://financenet.gov/icgfm.htm>

International Federation of Accountants:
<http://www.ifac.org>

INTOSAI-Veranstaltungskalender 1999/2000

Juli

Oktober

AFROSAI Kongreß
Ouagadougou, Burkina Faso
4. bis 8. Oktober

OLACEFS Generalversammlung
Asuncion, Paraguay
4. bis 8. Oktober

Treffen der Arbeitsgruppe für
Privatisierungen
Warschau, Polen
5. bis 6. Oktober

Treffen des Komitees für EDV-Prüfung
Harare, Simbabwe
10. bis 13. Oktober

Commonwealth Auditors General
Conference
Sun City, Südafrika
10. bis 13. Oktober

2000

Januar

Treffen des Komitees für die Richtlinien
der Finanzkontrolle
London, Vereinigtes Königreich
(genaues Datum wird noch
bekanntgegeben)

April

August

ASOSAI Präsidialtagung
Phuket, Thailand
3. bis 5. August

November

Treffen des Komitees für
Staatsschulden
Mexiko City, Mexiko
11. bis 12. November

Februar

Mai

INTOSAI Präsidialtagung
Seoul, Korea
23. bis 25. Mai

Treffen des Komitees für Interne
Kontrolle
Budapest, Ungarn
(genaues Datum wird noch
bekanntgegeben)

September

Dezember

März

UN/INTOSAI Seminar
Wien, Österreich
27. bis 31. März

Juni

Anmerkung des Herausgebers: Dieser Veranstaltungskalender ist ein Baustein der Kommunikationsstrategie der INTOSAI und soll zu einer besseren Terminvorschau und -abstimmung beitragen. Diese regelmäßig erscheinende Rubrik der Zeitschrift enthält INTOSAI-Veranstaltungen und Veranstaltungen der Regionalorganisationen wie Kongresse, Generalversammlungen und Präsidialtagungen. Aus Platzgründen können die zahlreichen regionalen Schulungsveranstaltungen keine Berücksichtigung finden. Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte das Generalsekretariat der jeweiligen regionalen Arbeitsgruppe.